

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Präsident Kennedy
berichtet über seine Europareise
(s. Seite 338)

(Fortsetzung)

EGMONT ZECHLIN

Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche

II. Das Kampfmittel der nationalen Revolution

1. Revolutionierungspläne Bismarcks und Moltkes

Es war Napoleon III., der die nationalrevolutionären Bewegungen in Europa als Partner in die Politik der Großmächte einführte. Als er 1859 zusammen mit Victor Emanuel und den revolutionären Kräften Italiens gegen Österreich Krieg führte, wurden auch die Vorbereitungen getroffen, um die Nationalitäten des Habsburgerstaates zum Aufstand zu bewegen¹⁾.

In seinem Hauptquartier befand sich Kossuth, der Führer des ungarischen Freiheitskampfes von 1848/49; und der siegreiche Feldherr von damals, General Klapka, sammelte, durch Dekret Victor Emanuels legitimiert, in Turin eine ungarische Legion. Sie war für eine Expedition bestimmt, die unter dem Schutze der französischen Flotte in Dalmatien landen sollte, um die Ungarn und die südslawischen Völker Österreichs zur Erhebung zu bringen. Nicht zuletzt unter dem Druck dieser Revolutionsgefahr sah

sich Kaiser Franz Joseph genötigt, den Waffenstillstand von Villafranca abzuschließen. Napoleon hatte bereits dem österreichischen Unterhändler gedroht, andernfalls den Krieg auch „mit anderen Mitteln“ weiterzuführen, und italienische, ungarische und kroatische Soldaten waren in nicht geringer Zahl zum Feinde übergelaufen.

Das Kampfmittel der nationalrevolutionären Erhebung kam wieder ins Spiel der großen Politik, als der habsburgische Vielvölkerstaat 1866 in Krieg mit Preußen und Italien geriet. Nun schickte sich Bismarck an, in dem Ringen um die Vorherrschaft in Deutschland und die Machtvergrößerung Preußens in Norddeutschland, das Bündnis des preußischen Militärstaates mit der deutschen Nationalbewegung auf die nationalrevolutionären Kräfte Südosteuropas auszudehnen²⁾.

teilgenommen und war mit einer Enkelin von Lucien Bonaparte verheiratet. Zum 10. Juni 1866 ließ Bismarck die Generale Klapka und Türr, jetzt Flügeladjutant Victor Emanuels, und den Vertreter des geheimen Nationalkomitees in Pest, Graf Csáky, nach Berlin kommen⁴⁾. An diesem Tage wurde im preußischen Kronrat der Plan einer „ungarisch-südslawischen Diversion“ genehmigt. Unmittelbar zuvor war von den preußischen Unterhändlern in Florenz die Meldung gekommen, daß Victor Emanuel sich bereit erklärt hatte, ein Freiwilligenkorps mit einer Infanteriebrigade, auch Bersaglieri und einige Artillerie —, im ganzen 25 000 Mann — nach Dalmatien zu entsenden, und daß Garibaldi ihm am 6. Juni schriftlich zugesagt hatte, das Kommando der Expedition zu übernehmen⁵⁾.

Noch an diesem 10. Juni traf Bismarck, nachdem die Ungarn sich auch mit Moltke und Roon verständigt hatten, seine Maßnahmen. Türr — und dazu ein Legationsrat — wurden nach Belgrad entsandt⁶⁾. Dort hatte am 22. Mai Oberst Orešković dem preußischen Geschäftsträger angeboten, „die ungarische Militärgrenze und von

Bismarck

und die europäische Revolutionsbewegung 1866

Er hatte sich seit Jahren über die Pläne der ungarischen Emigration und besonders über die Bemühungen um eine Koordination der ungarischen, italienischen, südslawischen und polnischen Revolutionsbewegungen informieren lassen³⁾; daß Klapka sich mit Mazzini und Garibaldi über die Revolutionierung Venetiens, Ungarns und der südslawischen Gebiete Österreichs verständigte und Garibaldi die Führung der Expedition nach Dalmatien übernehmen und Serbien dafür als Operationsbasis dienen sollte. Bismarck erhielt auch ergänzende Berichte über

die Tätigkeit des Generals Türr auf dem Balkan, z. B. daß er von Bukarest aus bei den Rumänen Siebenbürgens gegen die Habsburger agitieren. Stephan Türr, wohl eine der abenteuerlichsten Figuren der europäischen Revolutionsbewegung, hatte, nachdem er 1849 als österreichischer Offizier zu den Piemontesen übergegangen war, als Oberst in englischen Diensten am Krimkrieg und als Adjutant Garibaldi am Sizilienzuge der Rothenden

2) Über die „nationalrevolutionäre Linie“ in Bismarcks Politik, Egmont Zechlin, Schwarz Rot Gold und Schwarz Weiß Rot in Geschichte und Gegenwart, (1926), S. 35 ff. Vgl. auch ders., Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, (1930, Neuauf. 1960) S. 618. Seitdem sind intensive Studien erschienen: Johann Albrecht von Reiswitz, Belgrad-Berlin, Berlin-Belgrad 1866—1871, (1936); Hans Lades, Die Tschechen und die deutsche Frage, (1938), ferner: Eduard v. Wertheimer, Bismarck im politischen Kampf, (1930); H. Wendel, Bismarck und Serbien im Jahre 1866, (1927). Früher: A. Kienast, Die Legion Klapka, (1910). Vgl. Srbik a. a. O., Bd. IV, S. 342 ff., 413 ff., 474 f.

1) Zum folgenden: H. v. Srbik, Deutsche Einheit, Bd. II, (1935), S. 293, 374 ff und 406 ff. Alfred Stern, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Bd. VIII (1920) S. 325 und 352. E. Daniels in Hans Delbrück, Geschichte der Kriegskunst, T. 5, (1926), S. 394. L. Kossuth, Meine Schriften aus der Emigration, Bd. I, (dtsh. 1880), S. 95 f.

3) Vgl. Zechlin, Grundlegung, S. 366 und 632 und Srbik, Bd. 3, S. 481.

4) Türr, Erinnerungen, Deutsche Revue, Jg. 25, (1900), S. 315, Abdruck in: Bismarck, Die gesammelten Werke (künft. zitiert: Ges. W.), Bd. 7, S. 125 f. Klapka an Bismarck, 10. Juni 1866, Hermann Oncken, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. und der Ursprung des Krieges von 1870/71, (1926) (künft. zit.: Oncken, Rheinpolitik). Bd. I, 260 ff. Türr an Bismarck, 2. Sept. und 8. Okt. 1866, Reiswitz, a. a. O., S. 61 f.

5) Tel. Bernhardt an Bismarck, 2. Juni und Use-dom, 8. Juni. Reiswitz a. a. O., S. 61. Tagebuchaufz. Bernhardt, Theodor von Bernhardt, Aus dem Leben, Bd. 7, (1897), S. 24 ff. Vgl. auch Wilhelm Sälter, Theodor von Bernhardt als Politiker, Phil. Diss. Berlin, 1927, S. 117 ff. — Bismarck sah sich auch genötigt mit den Ungarn abzuschließen, um den Plänen des frankophilen Ministers und Generals La Marmora entgegen zu arbeiten, der Garibaldi nach Tirol schickte und sich offensichtlich mit der Eroberung Venetiens begnügen wollte, so daß der preußische Bundesgenosse in Gefahr kam, Napoleon ausgeliefert zu werden.

6) Tel. Bismarcks an Botschafter v. d. Goltz in Paris, 14. Juni, Ges. W. Bd. 5, S. 594; vgl. Wendel, a. a. O., 86, und Türr, Erinn. a. a. O.

dort aus alle andern Südslawen in Dalmatien, Kroatien und Slowenien und Südungarn zu revolutionieren“⁷⁾. Orešković, der 1862 aus der österreichischen in die serbische Armee übergegangen war, galt als ein hervorragender militärischer Fachmann und bester Kenner der militärischen Verhältnisse in diesem Raum. Er stand mit seinen Plänen im Einvernehmen mit König Mihailo Obrenowitsch und dem Außenminister Garašanin, dem historischen Vorkämpfer der südslawischen Idee. Die Bedingung Serbiens war, daß es als Vertreter eines südslawischen Staatenbundes zu den Friedensverhandlungen zugezogen würde⁸⁾. Am 4. Juli schickte Bismarck auch einen ungarischen General nach Bukarest, um von „Rumänien aus zur Einleitung einer antiösterreichischen Bewegung in Ungarn mitzuwirken“, und ließ Fürst Carl von Hohenzollern-Sigmaringen, der eben (am 22. Mai 1866) dort die Regierung übernommen hatte, wissen, daß die Förderung der ungarischen Unternehmung „in diesem entscheidenden Augenblick seinen Interessen ebenso wie denen S. M. des Königs und Deutschlands dienen werde“⁹⁾.

Indessen wurde entsprechend einer Weisung Bismarcks an die Truppenbefehlshaber ungarischer Kriegsgefangenen und Überläufer erklärt, daß eine Erhebung ihres Vaterlandes unmittelbar bevorstehe; und Klapka und Offiziere aus der Emigration stellten aus ihnen in Schlesien eine ungarische Legion zusammen¹⁰⁾. In dem von Moltke mit den Italienern vereinbarten Kriegsplan war vorgesehen, daß sie den von Dalmatien aufbrechenden berittenen Freischaren Garibaldis entgegenmarschierten, um sich in Ungarn mit ihnen zu vereinen. Auch die Tschechen sollten ins Spiel gebracht werden. Klapka, der in Paris in Bismarcks Auftrag und mit Hilfe der italienischen Gesandtschaft agitierte, brachte von dort Joseph Frič nach Berlin. Dieser tschechische Revolutionär, der 1848 in den Prager Barrikadenkämpfen die Studentenkompagnie geführt hatte, arbeitete seit der Maiverschwörung von 1849 mit dem russischen Anarchisten Michael Bakunin zusammen, der nach seiner Flucht aus Sibirien wieder in Westeuropa agitierte und 1864 auch an der Gründung der (ersten) Internationale beteiligt

war¹¹⁾. Frič fand zwar kein Echo für den Gedanken einer tschechischen Legion in Preußen, und Bismarck dachte angesichts der Verhältnisse in Böhmen mehr an eine Bekundung des Selbständigkeitswillens als etwa an eine militärische Aktion. Mit Hilfe von Frič, der mit den preußischen Truppen am 10. Juli in Prag einzog, entstand jedoch die Proklamation an die „Einwohner des glorreichen Königreiches Böhmen“, die vom preußischen Hauptquartier in Pardubitz aus am 11. Juli in Böhmen und so auch durch Maueranschläge und Zeitungen in

Nationalrevolution als diplomatisches Pressionsmittel

Diese Unternehmungen dienten Bismarck zunächst und in der Hauptsache als diplomatische Pressionsmittel im Ringen um den Frieden. Wie Napoleon vor Villafranca, suchte er den Habsburgerstaat mit der Gefahr der Revolutionierung zu schrecken. Der Druck, den er damit auf Österreich ausübte, so begründete er bei dem preußischen Finanzminister die Verwendung der Gelder aus der sächsischen Kriegskontribution für die ungarische Legion, sei „von größter Wichtigkeit für unsere Erfolge in der Aktion wie bei den Verhandlungen, für Kriegführung und Frieden“¹²⁾. Zugleich und mehr und mehr benutzte er hier eine diplomatische Waffe zur Abwehr einer französischen und einer russischen Intervention. Denn mit dem preußischen Sieg von Königgrätz sah sich Napoleon um die Situation betrogen, in der er von einem hilfsbedürftigen Preußen, zum mindesten aber als Kompensation für eine Ausdehnung Preußens in Norddeutschland Gebiets- und Machtzuwachs am Rhein erpressen konnte, den ihm als lockendes Bild — auch auf indirektem Wege — vorgaukeln Bismarck auch im Laufe des Juni nicht versäumt hatte. Den russischen Zaren aber, der mit der Entthronung z. T. ihm verwandter deutscher Fürstenhäuser getroffen war, galt es mit dem Druckmittel der drohenden Revolutionierung daran zu hindern, daß er, wie 1850 Nikolaus II., mit seinem Einspruch gegen die Unionspolitik, Preußen zu einem neuen Olmütz zwang.

So war es durchaus im Sinne Bismarcks, daß Alexander II. in einer Posener Zeitung mit Entsetzen den Text der Prager Prokla-

Prag verbreitet wurde¹³⁾. Sie hatte nach einer Erklärung Bismarcks „zunächst nur eine vorübergehende militärische Bedeutung“, um die Bevölkerung freundlicher gegenüber den preußischen Soldaten zu stimmen¹⁴⁾. Immerhin gab das unterzeichnende Preußische Oberkommando die Versicherung ab, daß die Preußen den „heimatlichen Boden der Böhmen und Mähren“ in voller Achtung ihrer historischen und nationalen Rechte beträten und daß vielleicht der Augenblick gekommen sei, da sie ihre nationalen Wünsche „gleich den Ungarn“ verwirklichen könnten.

mation las¹⁵⁾. Denn der Zar mußte fürchten, daß die Durchführung des Nationalitätenprinzips im Südosten Europas auch die polnische Nationalbewegung wieder beleben würde. Es gab sogar einen von Klapka unterschriebenen „Bündnisvertrag“, den das ungarische Nationalkomitee in Paris nach dem gescheiterten Polenaufstand von 1863 mit einer polnischen Exilregierung abgeschlossen hatte¹⁶⁾. Und es gehörte gerade zum Aktionsprogramm Bakunins, daß gleichzeitig Aufstände von Deutschen, Tschechen, Kroaten, Polen inszeniert werden müßten. Bismarck konnte aber auch damit rechnen, mit der nationalrevolutionären Waffe den zu treffen, dem er sie entwunden hatte. War doch Napoleon von der Macht der nationalen Idee überzeugt, wie ja auch sein plebiszitäres Regierungssystem auf dem demokratischen Nationalgedanken beruhte. Immer, wenn Benedetti mit seinen Kompensationsansprüchen erschienen war, nach Königgrätz im Hauptquartier und Ende Juli in Berlin, ließ Bismarck in Paris und am 31. Juli auch in Petersburg in stereotyper Wiederholung erklären, daß er, „wenn die Einwirkung des Auslandes auf unsere Verhältnisse schärfere Formen annehmen sollte“, dem König raten werde, „die volle nationale Kraft Deutschlands und der angrenzenden Länder zum Behuf des Widerstandes zu entfesseln“¹⁷⁾. Und es stand offenbar im Zusammenhang damit, daß Klapka mit seiner Legion eigenmächtig, aber mit Duldung des preußischen Verbindungsoffiziers in Nichtachtung des Waffenstillstandes den Marsch nach Ungarn antrat. Zwar konnte sich die Truppe

7) Der preußische Konsultsverweser v. Lauberau an Bismarck, 22. Mai, Reiswitz, a.a.O., S. 65 f. Über Antonije Orešković und Ilija Garašanin s. Reiswitz, S. 217, Anm. 47 und 220, Anm. 19, und die dort angeführte Literatur.

8) Tel. Bismarck an Usedom, 20. Juni, mit der Anweisung, daß die „serbische Disposition“ italienischerseits möglichst gepflegt werde. Ges. W. Bd. 5, S. 8 und Vorb. Dazu Wendel, a.a.O., S. 43 ff. und 87 ff.

9) Tel. Bismarcks an Gen.Konsul St. Pierre in Bukarest, vom 4. Juli. Ges. W., Bd. 6, S. 37. Vgl. dazu Tel. an Goltz v. 14. Juni, a.a.O.

10) Dazu: Bismarck an Usedom, 10. Juni, Ges. W., Bd. 5, S. 536 ff., Tel. vom 18. Juni und Erl. und Tel. vom 23. Juni mit dringender Aufforderung „italienischer und ungarischer Nationaloffiziere“, Ges. W., Bd. 6, S. 4 und S. 17. Danach verlangten die Ungarn sogleich eine Million Francs und für später noch zwei Millionen Francs. Am 23. Juni teilte Bismarck Usedom mit, daß er in Paris für Rechnung Klapkas vorläufig 15 000 Thaler habe einzahlen lassen, (Ges. W., Bd. 6, S. 37). — Später — am 5. Juli — ließ er in Berlin den politischen Führern, Graf Csáky und Oberst Komaromy durch seinen Mitarbeiter Lothar Bucher, den alten 48er Revolutionär, für die Legion 400 000 Thaler auszahlen, die der sächsischen Kriegskontribution entnommen wurden. (Vgl. Vorbem. zu Nr. 454 in Ges. W. Bd. 6, S. 37).

11) Über Frič und seine Beziehungen zu Klapka, Kossuth und Bakunin z. T. auf Grund der österreich. Polizeijakten — Frič wurde in Paris von österreich. Agenten beobachtet — Lades a.a.O., S. 216, 220 ff. und 258. Dort auch, wie sich Frič nach dem Einmarsch in Prag bemühte, eine tschechische Selbständigkeitsbewegung in Gang zu bringen. Er stieß aber auf Mißtrauen gegenüber Preußen als dem „Erbeind des Slawismus“, bei dem ohne Garantien Frankreichs und Rußlands Annexionsabsichten vermutet wurden. Bismarck sah sich deshalb genötigt, im Preußischen Staatsanzeiger solche Absichten zu dementieren. Bei seinen radikaldemokratischen Freunden um den Fürsten von Thurn und Taxis bei Neu Bunzlau erreichte Frič immerhin, daß zur Vorbereitung von Volksversammlungen eine Broschüre von A. Kotik veröffentlicht werden sollte. Sie wurde in Berlin gedruckt und kann als erste öffentliche Bekundung eines tschechischen Selbständigkeitswillens gelten. Darüber außer Lades: Hans Raupach, Bismarck und die Tschechen im Jahre 1866 (1936).

12) Bismarck an den preuß. Finanzminister v. d. Heydt, Nikolsburg, 23. Juli 1866. Ges. W., Bd. 14, 2, S. 718 f.

13) Faksimile der Proklamation bei Raupach a.a.O., S. 8 f. Abgedruckt auch bei Wilhelm Hopf, Die deutsche Krise d. J. 1866 (1./2. A. 1899) S. 271 f.

14) Dazu Bismarck an Redern, 15. Juli, gelegentlich der Übersendung einer politischen Denkschrift, Vorb., zu Nr. 478. Ges. W., Bd. 6, S. 59 und Privatschreiben an Staatsminister Eulenburg, 16. Juli a.a.O.

15) Gespräch Alexanders II. mit dem preußischen Militärbevollmächtigten v. Schweinitz am 19. Juli 1866. (Denkwürdigkeiten d. Botschafters v. Schweinitz (1927), Bd. 1, S. 240. Wie der Zar vorlas, wurden die polnischen Abgeordneten des preußischen Landtags in dieser Zeitung aufgefordert, auch für Polen zu fordern, was für Böhmen und Mähren versprochen sei.

16) Entwurf eines polnisch-ungarischen Bündnisvertrages, Paris, 8. März a. d. Archiv des poln. Nationalmuseums Rapperswyl, abgedr. bei Stern a. a. O., Bd. 11, (1922), 578 ff.

17) Tel. an Goltz und Schweinitz, 31. Juli, Ges. W., Bd. 4, S. 93. Ähnlich Erl. an Goltz, 9. Juli: „... würden wir auf der vollen Grundlage der Reichsverfassung von 1849 die nationale Erhebung Deutschlands zu bewirken (sic) und jedes Mittel ohne Rücksicht auf irgendwelchen Parteistandpunkt zur Kräftigung des Widerstandes der Nation anwenden. Ges. W., Bd. 6, S. 45. Vgl. Zechlin, Schwarzrot Gold a.a.O., S. 36 f.

gerade noch der Umzingelung von Österreichern durch den Rückzug hinter die Demarkationslinie entziehen. Aber einen taktisch-demonstrativen Zweck hatte sie offenbar erfüllt. Bismarck hatte noch am 31. Juli die Weisung gegeben, daß die Legion, falls sie zurückkehre, als bewaffnete Truppe beibehalten und „ohne Über-eiflung und Aufsehen“ aus den Gefangen-lagern aufgefüllt werden solle¹⁸⁾.

So war es im Grunde auch nur eine Wiederholung, wenn auch in äußerster Zuspitzung, wie Bismarck sich verhielt, als der französische Kaiser am 4. August durch Benedetti nun ganz unverhüllt seine Forderungen vorbringen ließ: die Grenzen von 1814 (Saarbrücken, Landau), Luxemburg, die bayerische Pfalz und Rheinhessen einschließlich Mainz¹⁹⁾. Wenn sich Napoleon mit Österreich und Rußland ins Einvernehmen setze, sagte Bismarck am 10. August zu dem italienischen General Gavone, offensichtlich zur Weitergabe nach Paris, werde er auf jeden Fall einen „Revolutionskrieg führen“, die Ungarn zum Aufstand bringen und provisorische Regierungen in Prag und Brünn organisieren und betrachte sich auch nicht mehr an die Mainlinie gebunden²⁰⁾. Am 11. August ging an den nach Zarskoje Selo zum Zaren entsandten General v. Manteuffel ein Telegramm: „Pression des Auslandes wird uns zur Proklamierung der deutschen Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben. Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.“²¹⁾ Erst als Napoleon an diesem Tage die Forderungen Benedettis für ein Mißverständnis erklären ließ, gab Bismarck die Weisung zur Einstellung der Maßnahmen.

Es gehört zur Staatskunst Bismarcks, daß er eine Reihe von Aktionen vorbereitete und zur Verfügung hielt; er pflegte dann von mehreren Wegen „den gefährlichsten zuletzt“ zu betreten. „Gewaltanwendung ist für Bismarck immer nur eine ultima ratio gewesen“²²⁾; auch der „Revolutionskrieg“ war für ihn nur ein „letztes Mittel im äußersten Falle“. Aber aus seiner Gesamthaltung läßt sich auch erkennen, daß er ihn in einem Kampf auf Leben und Tod durchgeführt haben würde²³⁾: „Wo das Müssen

anfängt, hört das Fürchten auf!“²⁴⁾ Er habe seinem Lande gegenüber nicht das Recht, so verteidigte er einen solchen „Akt der Notwehr“ später gegenüber Vorwürfen der preußischen Konservativen, „irgendein Mittel der Verteidigung und Kriegführung, welches durch das Kriegsrecht vollständig erlaubt ist, zu verschmähen“²⁵⁾. Er habe „zu jeder Waffe greifen“ müssen, die ihm die „entfesselte nationale Bewegung“ nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn und Böhmen habe darbieten können²⁶⁾.

Die Politik Bismarcks im Jahre 1866 wurde hier nicht etwa zur Sprache gebracht, um für die Revolutionierungsversuche der deutschen Regierung im Ersten Weltkriege eine Tradition nachzuweisen. Aber es zeigte sich, ungeachtet

des Unterschiedes der Situationen und der Ziele, eine ähnliche Problematik. Die Revolutionäre wollten sich in einen Krieg der Mächte einschalten, um ihre Völker vom Druck einer dynastischen Herrschaft zu befreien und eine neue Staatenwelt aufzurichten. Bismarck war zwar vorurteilsfrei genug, um — im Gegensatz zu den Konservativen der „Kreuzzeitung“ — die Nationalitäten als lebendige Kräfte anzusehen. Aber sie waren ihm doch — und im Grunde auch Napoleon und Victor Emanuel — ein politisches und militärisches Kampfmittel, eben ein — kriegsrechtlich erlaubtes — „Mittel der Verteidigung und Kriegführung“. Diese Revolutionsbewegungen konnten wie staatliche Mächte Bündnispartner sein, aber im Wechsel der Allianzen auch wieder preisgeben werden.

Rußlands verwundbare Grenzen

Mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867 entfiel das Kampfmittel der Revolutionierung Ungarns und mit dem deutsch-österreichischen Zweibund für die deutsche Politik auch der Gedanke, die slawischen Völker der k. und k. Monarchie zum Aufruhr zu bringen. Bismarck war sogar wesentlich daran interessiert, daß der Nationalisierungsprozeß bei den Völkern Ost- und Südosteuropas in Schranken gehalten wurde. Nachdem er, wie vor ihm Cavour in Italien, in Deutschland die Ordnung der Wiener Kongreßakte von 1815 gestürzt hatte, dennoch die neuen Nationalstaatsgründungen mit dem Gleichgewichtsbedürfnis der Mächte in Einklang gebracht waren, gehörte es zu seiner „Stabilitätspolitik“, nationalrevolutionäre Tendenzen, die das neue Ordnungssystem erschüttern konnten, niederzuhalten.

Dieser konservative Kurs bestimmte auch seine Rußlandpolitik in der Art, wie er sie 1863 mit der Alvenslebenschen Konvention über die gemeinsame Niederschlagung des Aufstandes in Russisch-Polen praktiziert hatte²⁷⁾. Aber für den Fall eines Krieges gegen Rußland bot sich ihm das Kampfmittel der nationalen Revolutionierung an. Bereits am 27. April 1871 machte Moltke in einer Denkschrift zum Operationsplan für einen Zweifrontenkrieg darauf aufmerksam, daß die Grenzen Rußlands auf diese Weise verwundbar seien; besonders bei einer unglücklichen Wendung am Anfang eines Krieges würde die Bevölkerung dort geneigt sein, „die Wiedergewinnung ihrer Selbständigkeit oder deren Anschluß an frühere Verhältnisse zu versuchen“. Moltke nannte²⁸⁾ Finnland, das

ja bis 1809 zu Schweden gehört hatte, den Kaukasus, wo sich in den fünfziger Jahren Bergstämme unter dem Imam Schamil gegen die Russen erhoben hatten, und die russischen Polen, über deren Aufstand von 1830/31 er damals selbst eine Schrift verfaßt hatte.

INHALT

der Beilage B 20/61 vom 17. 5. 1961:

I. Kapitel:

1. Nation und Regierung nach dem Kriegsausbruch
2. Die versäumte militärische Chance im Osten
3. Die Idee des Sonderfriedens mit Rußland
4. Eine dänisches Vermittlungsangebot
5. Bethmann-Hollweg zwischen Vernunft und „öffentlicher Meinung“

dieser Ausgabe:

II. Kapitel:

Das Kampfmittel der nationalen Revolution

1. Revolutionierungspläne Bismarcks und Moltkes
2. Das Insurrektionsprogramm des Generalstabes von 1914

III. Kapitel:

Revolutionierungsversuche in den Randzonen Rußlands

1. Die finnische Freiheitsbewegung
2. Polen zwischen den Mächten

der nächsten Ausgabe:

3. Die Allianz mit dem Judentum
4. Aufwiegelung der Ukraine — Ein „Todesstoß“?
5. Die Kaukasusvölker in der deutschen, türkischen und russischen Insurrektionspolitik
6. Sabotage, revolutionäre Kontakte und das Problem der russischen Muslims
7. Ziel und Charakter der Revolutionierungspolitik

IV. Kapitel:

Keskuela und Parvus — Helphand und das russische Nationalitätenproblem

18) Tel. Bismarck vom 31. Juli aus Nikolsburg an seinen Vertreter in Berlin, v. Werther, Ges. W., Bd. 6, S. 93. Vgl. Wertheimer a. a. O.

19) Vgl. Oncken, Rheinpolitik, a. a. O., Bd. II, S. 28 und ff. Arnold Oskar Meyer, Bismarck, (1944/45), S. 323 ff.

20) Bismarck zu Gavone, 10. Aug., Ges. W., Bd. 7, S. 156.

21) Tel. Bismarck an Generaladjutant v. Manteuffel in Petersburg, 11. Aug., Ges. W., Bd. 6, S. 120.

22) Egmont Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890—1894, (1929), S. 11, (vgl. auch Zechlin, Grundlegung, S. 329 ff und 633).

23) „Wenn er (Bismarck) etwa Drohungen ausspricht, die man ohne Kenntnis des intimen Schriftverkehrs für Bluff zu halten geneigt ist, oder Pläne erörtert, deren Ausführbarkeit nach Lage der Dinge zweifelhaft erscheinen muß, so stößt man immer wieder auf unzweifelhafte Zeugnisse dafür, daß er, womöglich noch am selben Tage, Vorbereitungen dafür getroffen hat, sie im geeigneten Falle durchzuführen. Er malt den Teufel nicht nur an die Wand, sondern ist, wenn er ihn herbeiruft, auch geneigt, mit ihm abzuschließen. Und wenn er „Eventualitäten“ in das Gebiet der Betrachtung zieht, so sind es solche, auf die er sich einrichten zu müssen glaubt.“ (Zechlin, Staatsstreichpläne, S. 27.

24) Bismarck zum österr. Botschafter Graf Alois Károlyi, Dez. 1862; Zechlin, Großmacht, a. a. O., S. 390 und Einl. z. Neuauflage, S. IX ff.

25) Rede im Preuß. Abg. haus, 16. Jan. 1874, Ges. W. Bd. 11, S. 310.

26) Erinnerung und Gedanke, Ges. W. Bd. 15, S. 271.

27) Vgl. Zechlin, Grundlegung, Die Alvenslebensche Konvention, S. 412 ff.

28) Graf Moltke, Die deutschen Aufmarschpläne 1870/90 hrsg. Ferdinand v. Schönerfeld (1929), S. 6. Vgl. Rudolf Stadelmann, Moltke und der Staat (1951), S. 330 ff.

Revolutionierung Russisch-Polens?

Es war insbesondere das Thema der Revolutionierung Russisch-Polens, das Moltke und Bismarck bewegte. Moltke hatte sich schon im Dezember 1859 bei der Arbeit an einem Feldzugsplan für einen Zweifrontenkrieg mit einem konzentrischen Vormarsch in Polen Gedanken gemacht, daß dieses Volk, das von jeher „sein Dasein in der Insurrektion begriffen“ habe, mit der Aussicht auf „konstitutionelle Freiheit und nationale Selbständigkeit“ „materiell wie moralisch“ zur Unterstützung zu gewinnen sei²⁹⁾. Und als sich Bismarck 1879 angesichts des russischen Panlawismus — der „unberechenbaren Elementargewalt dieser slawischen Revolution“ — zum Abschluß des Zweibundes genötigt sah und Moltke darauf die strategische Planung für den Zweifrontenkrieg entwarf, fixierte der Generalstabschef den auch 1914 gültigen operativen Grundgedanken, daß die Mittelmächte nach einer Seite mit möglichst geringen, nach der anderen mit möglichst starken Kräften auftreten müßten, um die Entscheidung rasch durch kräftige Schläge herbeizuführen. In diesen Gedankengang fügte Moltke auch die Revolutionierung der russischen Polen ein: „Wir müßten dann alle Kräfte aufbieten und jedes Mittel ergreifen, namentlich Polen insurgieren, soweit Rücksicht auf Österreich dies gestattet.“³⁰⁾ Seitdem sprach auch Bismarck davon, daß Polen eine schwache Stelle des sonst so unverwundbar erscheinenden Rußland sei: „Polen ist für uns eine Waffe, die wir nur gegen unseren Willen anwenden würden, und weil wir keine anderen haben, ein heißes Eisen, das wir ergreifen, um uns zu verteidigen.“³¹⁾

Solche Pläne zur Entfesselung einer Nationalkraft boten sich der modernen Strategie um so mehr an, als die Gambetta'sche Phase des Krieges von 1871 ihren militärischen Wert demonstriert hatte. Sie widersprachen allerdings dem Wesen und Aufbau des preußischen Staates und der preußischen und deutschen Armee so sehr, daß Moltke den jungen Generalstabsoffizier Colmar von der Goltz vor einer Strafversetzung retten mußte, weil dieser sich durch eine militärgeschichtliche Veröffentlichung über Gambetta als „Schrittmacher der Demokratie“ verdächtig gemacht hatte³²⁾. Schon der nationalrevolutionäre Kriegsplan Bismarcks und Moltkes von 1866 mußte moralische Bedenken Wilhelm I. überwinden, der sich nur schwer dazu verstehen konnte, daß Soldaten zum Eidbruch veranlaßt wurden.

29) Moltke, *Ausgewählte Werke*, hrsg. von Schmerfeld Bd. III (1925), S. 22.

30) Tel. Otto von Bülow, z. Zt. im kais. Gefolge in Stettin, an Bismarck, Stettin 16. Sept. 1879, in *Übermittlung der Darlegungen Moltkes*. Gr. Politik Bd. VI, (1922, S. 75/76).

31) Bismarck zum französischen Botschafter de Courcel. Bericht vom 16. Dez. 1883 „Documents diplomatiques français“, 1871/1914 Bd. V (1933) S. 181.

32) Colmar v. d. Goltz, *Denkwürdigkeiten* (1929), S. 86. Vgl. Stadelmann a. a. O., S. 328.

Die Problematik einer solchen Revolutionierungspolitik erschöpft sich jedoch nicht im Gegensatz der Prinzipien, die Ranke um die Jahrhundertmitte als die leitenden des 19. Jahrhunderts bezeichnete, der legitimistisch-monarchischen Souveränität und der Volkssouveränität. Wenn sich Bismarck und Moltke mit dem Problem der Fremdvölker im Russischen Reich beschäftigten, so wurden damit auch die großen Fragen des europäischen Ostens und nicht zuletzt des Gegensatzes von Ost und West angesprochen. Das läßt sich bereits an den verschiedenen Vorstellungen Moltkes und Bismarcks über die Rolle eines wiederhergestellten Polenstaates demonstrieren. Für beide handelte es sich — wie 1866 bei den Ungarn und den slawischen Völkern Österreichs — um ein Kampfmittel. Beide rechneten aber auch damit, daß ein den Polen verheißener Staat wirklich gegründet wurde. Das vertrat sich bei Moltke mit seiner humanistisch-nationalstaatlichen Anschauung, die, vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Erfüllung der nationalen Idee grundsätzlich allen Völkern Europas zuerkannte, und mit seiner strategischen Planung, die in einem polnischen Staatswesen eine „Vormauer gegen das halbasiatische Rußland“ zu gewinnen hoffte³³⁾. Lebte Moltke doch in der Vorstellung, daß es das zwangsläufige Schicksal der germanischen Mitte sei, einmal einen „Titanenkampf“ des „Germanismus“ gegen „Romanismus“ und „Slawismus“ zu führen, und die Polen waren als Westslawen und Angehörige der westeuropäischen Kultur für ihn Gegner der „halbasiatischen Ostslawen“.

Bismarck aber hatte schon in den fünfziger Jahren gegen diese Auffassung von einem Kulturkrieg gegen den Osten polemisiert³⁴⁾, mit der die Westmächte damals Preußen in den Krimkrieg hineinzuziehen suchten. Auch er betrachtete, so in den achtziger Jahren, Rußland als „elementare Gefahr“ für Europa. Aber da ein Volk von „so gewaltiger Vitalität“ nicht aus der Welt zu schaffen sei³⁵⁾, sah er die Aufgabe eines deutschen Staatsmannes, wenn auch nur „ein Fünkchen Hoffnung“ bestünde, in deutsch-russischer Verständigungspolitik. Diese Tendenz verstärkte sich noch nach den Erfahrungen, die er mit dem Kriege von 1870/71 mit Frankreich gemacht hatte. Selbst wenn es möglich sei, den Russen eine Niederlage beizubringen, fürchtete er, daß „dieses unzerstörbare Reich russischer Nation“ — wie Frankreich im Westen — „unser geborener und revanchebedürftiger Gegner“ sein würde.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtete Bismarck auch die polnische Frage. Ein Pufferstaat

33) Moltke *Denkschrift* von 1871. *Aufmarschpläne* a. a. O., S. 9.

34) Zechlin, *Grundlegung*, a. a. O., S. 107 ff., („Zeitgenossen und Zweifrontendruck“).

35) Bismarck an Botschafter Prinz Reuss, 3. Mai 1888. Gr. Pol., Bd. 6, (1922), S. 303, auch für das folgende.

zwischen Deutschland und Rußland war ihm zwar lieber als eine russische Invasion, ein polnisches Königreich besser als die Russen in Berlin³⁶⁾. Aber die Wiederherstellung eines untergegangenen Staates hieß auch, daß hier ein neuer Faktor im diplomatischen Spiel der Kabinette und Ringen um das Gleichgewicht der Mächte entstand. Da war Polen der gegebene Alliierte für Frankreich oder auch England³⁷⁾, noch dazu mit Anziehungskraft auf die preußischen Polen in Posen und Westpreußen. Demgegenüber findet sich bei Bismarck der Gedanke, auch diese Staatsgründung für die Stabilitätspolitik seines europäischen Bündnissystems auszunutzen. Die Wiederherstellung eines polnischen Königreiches sollte geradezu als Kompensationsobjekt für eine deutsch-russische Verständigung dienen. Bismarck hat es — zum Teil zum Entsetzen des Gesprächspartners — in den achtziger Jahren wiederholt ausgesprochen, daß man Polen ja „zeitweise“ wiederherstellen könnte, um später, wenn es seine Dienste getan habe, mit einer „vierten Teilung Polens“ das Bündnis der drei Kaisermächte wieder aufzunehmen³⁸⁾. Es mag auch damit im Zusammenhang stehen, daß er die Initiative für die Wiederherstellung Polens den Österreichern überlassen wollte, und empfahl, die polnische Krone einem österreichischen Erzherzog zu übertragen³⁹⁾. Diese Idee, mit Hilfe und auf Kosten einer Nationalbewegung und mit dynastischen Ambitionen des Bundesgenossen ein kompliziertes historisches Problem zu bewältigen, mag gewiß als Beispiel für den dämonischen Zug gelten, den man bisweilen an der Staatskunst Bismarcks spüren kann. Aber sie öffnet uns auch den Blick für die Möglichkeiten einer Kabinettpolitik wie auch für die Gefahren, denen sich die Revolutionäre aussetzten, die ein Bündnis mit einer der Großmächte eingingen — noch dazu, wenn es sich um eine der polnischen Teilungsmächte handelte.

36) Zu Waldersee 27. Okt. 1883 (*Waldersee, Denkwürdigkeiten*) (1922), Bd. I, S. 230; zu Courcel, Apr. 1884, a. a. O., S. 270; zu Prinz Reuss a. a. O., S. 271.

37) Zu Prinz Reuss, Bülow a. a. O., *Deutsche Politik* (1915), S. 271 f. Courcel a. a. O., *Waldersee* a. a. O.

38) Zu Hohenlohe (27. Okt. 1883): „Das würde dann dahin führen, daß sich gegen dieses Königreich wieder eine Allianz der drei Kaisermächte bilden würde. So kämen wir dann wieder zum Dreikaiserbündnis ...“ (a. a. O. II, 343). Zu demselben (14. Dez. 1889): „... so wäre für uns ja immer die Möglichkeit gegeben, uns in integrum restituieren zu lassen und die jetzt gezwungenen Verkäufe rückgängig zu machen“ (a. a. O. Bd. II, 461). Zu Schweinitz (5. April 1879): „die Polen kann man immer wieder kriegen, das würde ja nur vorübergehend sein“. (a. a. O. Bd. II, 60) und 25. Nov. 80; (a. a. O., Bd. II, 137). Schweinitz schrieb von der „entsetzlichen Behauptung“ Bismarcks, man könne Polen zeitweise wiederherstellen und, wenn es seine Dienste gegen Rußland geleistet, wieder teilen.

39) Zu de Courcel a. a. O. und Bericht vom 14. Dez. 1883 a. a. O. S. 176/77 und vom 25. April 1884, S. 270. Zu Clodwig Hohenlohe-Schillingsfürst, 27. Okt. 1883, Hohenlohe, *Denkwürdigkeiten*, Bd. II, (1907), S. 843. Zu Schweinitz, 1. April 1879 und 25. Nov. 1880. Schweinitz, *Denkwürdigkeiten*, Bd. II (1927), S. 60 und 137. Zu Botschafter Prinz Reuss 1887/88, a. a. O., S. 271 ff.

2. Das Insurrektionsprogramm des Generalstabes von 1914

Der sozialistische Theoretiker Karl Kautsky, der nach der Novemberrevolution als Staatssekretär der Volksbeauftragten die deutschen Akten über den Kriegsausbruch studierte, gab einem Kapitel seiner Broschüre die Überschrift: „Die Revolutionierung der Welt“. Wilhelm II. und Moltke, schrieb er, seien Lenin und Trotzki vorausgegangen⁴⁰). Zu dieser Bemerkung veranlaßten ihn einige Schriftstücke aus den Mobilmachungstagen. Sie sind in die weitere Forschung nicht einbezogen worden, offensichtlich in der Annahme, daß es sich hier um Produkte der Phantasie handelte, sie gewinnen aber im Zusammenhang mit dem nunmehr zugänglichen Aktenmaterial zumindest symptomatische Bedeutung.

Es handelt sich einmal um eine längere Schlußbemerkung Wilhelms II. zu der Meldung des deutschen Botschafters in Petersburg vom 30. Juli, daß der Zar diesmal die Serben nicht preisgeben und vielmehr auf der Mobilmachung beharren würde. Der deutsche Kaiser sah darin das Ergebnis einer von Eduard VII. betriebenen Einkreisung durch die Engländer: „Das Netz ist uns plötzlich über dem Kopf zusammengezogen, der Strick gedreht zu unserer politischen und ökonomischen Vernichtung“. Seine Überlegungen enden damit, daß die deutschen Konsuln in der Türkei und in Indien, „Agenten etc.“, die ganze mohammedanische Welt zum „wilden Aufstande gegen dieses verhaßte, gewissenlose, verlogene Krämervolk“ entflammen sollten. „Wenn wir verbluten, dann soll England wenigstens Indien verlieren“⁴¹).

Das war nicht nur ein spontaner Ausbruch ohnmächtiger Wut des enttäuschten Kaisers und ein Symptom für eine ins Mythische gehende Vorstellungswelt von Kampf und Rache, von Sieg und Untergang, es gehörte auch seit langem zum Gedankengut der deutschen Türkenpolitik, mit Hilfe des Sultans, als geistigem Oberhaupt der islamischen Welt, im Falle eines Krieges gegen England oder Rußland die muslimischen Völker von Indien bis Turkestan und bis weit nach Afrika hinein zu großen Aufständen in den Kolonialgebieten aufrufen zu lassen⁴²). Ein Ausdruck dieser Politik, die der Botschafter Marschall v. Bieberstein (1897–1912) in Konstantinopel vertrat, war bereits Wilhelms II.

Rede in Damaskus vom 8. November 1898, als er den dreihundert Millionen Mohammedanern, die auf Erden zerstreut im Sultan ihren Kalifen verehrten, die Versicherung gab, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund sein werde. So bedeuten seine Worte vom 30. Juli 1914 im Grunde eine Weisung des obersten Kriegsherrn, nach der in den folgenden Tagen vom Generalstab und vom Auswärtigen Amt verfahren wurde und die der türkische Bundesgenosse sofort bestätigte: „Die von seiner Majestät gewünschte Revolutionierung der islamischen Welt sei bereits seit geraumer Zeit vorbereitet und eingeleitet“, ließ am 18. August 1914 Enver Pascha, der türkische Kriegsminister, Vizegeneralissimus und Führer der jungtürkischen Partei, telegrafieren⁴³). Tatsächlich rief Sultan Mehmed V. nach dem Kriegseintritt der Türken im November 1914 die islamische Welt zum „Heiligen Krieg“ gegen die Ententemächte auf, die alle drei, England, Frankreich und Rußland, über eine große muslimische Bevölkerung herrschten. Er sprach von der Krim, von Kasan, Turkestan, Buchara, Chiwa, Indien, China, Afghanistan, Persien, Afrika „und von anderen Ländern“ — um allerdings zu erfahren, daß die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts vom osmanischen Kalifat beanspruchte religiöse Führerschaft nicht mehr außerhalb des türkischen Herrschaftsbereiches anerkannt wurde.

Das andere der Dokumente, die Kautsky 1918/19 veranlaßten, die Kapitelüberschrift von der „Revolutionierung der Welt“ zu wählen, ist ein Schreiben Moltkes (des Jüngeren) an das Auswärtige Amt vom 2. August 1914 mit einer Ergänzung vom 5. August⁴⁴). Der Chef des Generalstabes charakterisierte den Inhalt als „einige Gesichtspunkte militär-politischer Art“, „denen ich vom militärischen Gesichtspunkt aus Wichtigkeit beimesse.“ Moltke geht u. a. so weit zu sagen, welchen Mächten der Krieg erklärt werden solle und welchen nicht, oder daß die Vereinigten Staaten mit der Aussicht auf Kanada als Siegespreis und mit Hilfe der Deutschamerikaner zum Krieg gegen England bewogen werden sollten.

Dabei wurden nun auch Maßnahmen genannt, um die Völker im Britischen Empire und im Russischen Reich zu Aufständen zu veranlassen.

So in den „Südafrikanischen Dominien“ (sic), also bei den Buren. So in den Gebieten mit mohammedanischer Bevölkerung: „Es müssen Versuche gemacht werden, einen Aufstand in Indien zu entfachen, dasselbe ist in Ägypten zu versuchen“. Der Vertrag mit der Türkei, heißt es, der sofort zu veröffentlichen sei, versetze das Auswärtige Amt in die Lage, „den Fanatismus des Islam zu erregen“ und die „Insurrektion von Indien, Ägypten, auch im Kaukasus“ zu verwirklichen. Mit der Insurrektion im Kaukasus, die als besonders wichtig bezeichnet wurde, ist bereits eines der revolutionären Kampfmittel genannt, die schon der ältere Moltke im Krieg gegen Rußland einzusetzen hoffte. In den Vorschlägen Moltkes d. J. heißt es weiter, daß die „Insurrektion Polens“ eingeleitet sei. Es ist die Idee, die dem jungen Kaiser in wiederholten Vorträgen von Waldersee vermittelt worden war, der sich wiederum darauf beruft, daß er sich noch vor der Übernahme seines Amtes über einen solchen Plan mit Bismarck verständigt hätte⁴⁵). Am 31. Juli 1914 erklärte Wilhelm II., er habe sich entschlossen, wenn Gott Deutschland den Sieg verleihe, einen polnischen Staat wiederherzustellen, mit dem im Bunde das Reich für immer gegen Rußland gesichert sein würde⁴⁶). Auch Finnland, das wir in den Überlegungen Moltkes für seinen Aufmarschplan von 1871 neben Polen und dem Kaukasus als ein potentielles Aufstandsgebiet kennenlernten, wird in dem Insurrektionsprogramm seines Nachfolgers vom 5. August 1914 aufgeführt. Mit der Aussicht, dieses seit 1809 verlorene Land zurückzugewinnen, sollte Schweden in den Krieg hineingezogen werden, dazu Norwegen, das sich vor einem Vordringen Rußlands an die Nordsee schützen müsse. Die Begründung für eine solche Form der politischen und militärischen Kriegsführung geschah mit fast den gleichen Worten, die wir schon hörten: „Die ernste Lage, in der sich das Vaterland befindet, macht die Anwendung jedes Mittels zur Pflicht, das geeignet ist, den Feind zu schädigen“. Das etwa ist der Ausgangspunkt für eine Politik der deutschen Regierung im Ersten Weltkrieg, die in den Aktenserien des Archivs des Auswärtigen Amtes unter der Bezeichnung „Unternehmungen und Aufwiegelungen gegen unsere Feinde“ geführt wird

III. Revolutionierungsversuche in Rußlands Randzonen

Der geschichtliche Prozeß der russischen Reichsbildung stellt den rückblickenden Betrachter vor die Frage nach dem Verhältnis des staatsbildenden Großrussentums mit seiner zentralistischen Tendenz zu den kulturellen und politischen Sonderinteressen der namentlich in den

Randzonen lebenden „Fremdvölker“. Beide Bestrebungen gewannen unter dem Antrieb der modernen Nationalidee an Kraft und Bedeutung. Vor allem seit den 80er und 90er Jahren des 19. Jahrhunderts drängte der großrussische Nationalismus mit allen Maßnahmen bürokratischer, kirchlicher und kultureller Art auf die Verwirklichung des einheitlichen Reiches. Neben dem politischen kam hier auch das militärische

Motiv zur Geltung. Es galt zu verhindern, daß die nichtrussischen Völkerschaften im Kriegsfall den Truppen des Feindes Vorschub leisteten. Darüber hinaus glaubte man sich von der Einfügung der „Fremdstämmigen“ in ein unifiziertes Reich eine direkte Stärkung des Militär-

40) Karl Kautsky, Wie der Weltkrieg entstand, (1919), S. 166.

41) Schlußbemerkung Wilhelm II. zum Telegramm von Pourtalès aus Petersburg an das Auswärtige Amt vom 30. Juli 1914 (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Bd. II, (1922), Nr. 401, S. 132. Faks. bei Bernhard Poll, Deutschlands Schicksal 1914/18 (1927), S. 64.

42) Erich Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege, 3. A., (1939) S. 348 und 517.

43) Enver Pascha nach Tel. Wangenheim vom 18. Aug. 1914, Wk. 11, AA.

44) Moltke an das Auswärtige Amt, 2. August 1914, Deutsche Dokumente Nr. 662, Bd. III, S. 133 ff und 5. August Nr. 876, Bd. IV, S. 94 f.

45) Tagebucheintr. Waldersees, am 12. Nov. 1886 und 10. Juli 1888 (Waldersee, Denkwürdigkeiten, hrsg. von H. O. Meisner, (1927) Bd. I, S. 303 und 412). Ebenso in den folgenden Jahren Bd. II, S. 223, 230, 234, 303, 410, 412 und Bd. III, S. 14, 81.

46) Wilhelm II. zu Hutten-Czapki, 31. Juli 1914. Graf Bogdan Hutten-Czapki, Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft (1936), Bd. II, S. 145 u. 307. Vgl. Werner Conze, Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg, (1959), S. 61.

potentials versprechen zu können. Aber gerade diese Politik rief die Gegenkräfte eines — z. T. sogar militanten — Nationalismus der nichtrussischen Bevölkerungsgruppen auf den Plan.

So war Rußland nach dem Urteil des zugleich als Politiker prominenten russischen Historikers Miljukow ein Staat, der „in seinem Gesamtgefüge eher durch passive Zustimmung“ seiner Völker als durch „bewußten Willen zur Einheit“ zusammengehalten werde⁴⁷⁾. Und es gab immer wieder Propheten, die überzeugt waren, daß dieses Reich in einem Kriege „zertrümmert“ und in seine „natürlichen Bestandteile zerlegt“ werden könnte. Schon zur Zeit des Krimkrieges in den fünfziger Jahren war bei den Liberalen in Europa, und so auch in Preußen, diese Ansicht verbreitet, aus der die Folgerung gezogen wurde, daß Preußen sich dem Krieg des Westens anschließen sollte, um Europa vor dem Übergewicht von 100 Millionen Russen zu sichern. Schon damals hatte Bismarck, preußischer Gesandter am Frankfurter Bundestage, diese Vorstellung bekämpft⁴⁸⁾. Und noch im Mai 1888 mahnte er, daß selbst der günstigste Ausgang eines Krieges doch „niemals die Zersetzung der Hauptmacht Rußlands zur Folge haben würde“, da sich die „eigentlichen Russen griechischer Konfession“ „ebenso schnell wieder zusammenfinden würden, wie die Teile eines zerschnittenen Quecksilberkörpers“. Es ist das Schriftstück, in dem er das schon zitierte Wort vom „unzerstörbaren Reich russischer Nation“ prägte⁴⁹⁾.

Allerdings hatten sich seit der Zeit Bismarcks die Spannungen zwischen der zentralisierenden großrussischen Politik und den auseinanderstrebenden Tendenzen der Nationalitäten verschärft. Die im Manifest des Zaren vom 30. Oktober 1905 verheißene freiere Gestaltung des russischen Reiches war wieder zurückgenommen worden. Die Zusammensetzung der Dritten Duma, auf Grund des von Stolypin oktroyierten Wahlgesetzes, nahm den Fremdvölkern nun auch die Hoffnung, auf parlamentarischem Wege

eine Föderalisierung des Reiches durchzusetzen⁵⁰⁾. Von zahlreichen Einzelmaßnahmen einer sich mehr und mehr ausdehnenden russischen Bürokratie bedrängt, wurden sie einer systematischen Russifizierungspolitik ausgesetzt. Nach dem Urteil von Stolypins Vorgänger, Graf Witte, war es aber unmöglich, die nationale Eigenart, Religion und Sprache von mehr als einem Drittel der Bevölkerung eines Reiches mit einem Staatsideal zu versöhnen, das dem Leitsatz folge, „alle in echte Russen umzuwandeln“⁵¹⁾.

Das Bild, das Rußland in den letzten Jahren und Monaten vor Kriegsausbruch von seinen inneren Zuständen bot, besonders aber die Erinnerung an die revolutionären Vorgänge von 1905, trugen wesentlich zu der Vorstellung bei, daß der Ausbruch eines Krieges das Signal für eine Erhebung der Fremdvölker gegen die Herrschaft der Großrussen sein würde⁵²⁾. Diese Ansicht wurde in Berlin wie in Wien gerade von Persönlichkeiten vertreten, die wegen ihrer Kenntnis der russischen Verhältnisse und auf Grund ihrer amtlichen Position als besonders gut informiert gelten mußten. In der Revolution von 1905 hatten sich die Randvölker von Finnland bis zum Kaukasus geschlossen gegen den Staat der Großrussen gestellt, und ihre Forderung nach nationaler Autonomie hatte die Zustimmung der liberalen und sozialistischen Revolutionäre erhalten.

Aber die Umstände des Kriegsausbruchs, insbesondere die deutsche Kriegserklärung als Beweis eines Überfalls der Deutschen, veranlaßten den Zaren, auch die Angehörigen der nichtrussischen Völker zur Verteidigung der Heimat aufzurufen⁵³⁾. Hierauf war die Thronrede abgestellt, in der Nikolaus II. an den heroischen Kampf des russischen Volkes gegen die Invasion Napoleons von 1812 erinnerte und schwor, nicht eher Frieden zu schließen, als bis der letzte feindliche Soldat das Land verlassen habe. Die Unterstützung der Serben und die russische Mobilmachung erschienen in der Öffentlichkeit nicht so sehr als Ausdruck einer Politik des

Panslawismus, denn als eine Hilfeleistung, mit der eine kleine verwandte Nation vor dem Vernichtungswillen einer großen geschützt wurde. Und da die Ententediplomatie damals noch bemüht war, die Türkei auf ihre Seite zu ziehen, wurde sorgfältig vermieden, das historische Kriegsziel, Konstantinopel und die Meerengen, zu nennen.

Erwies sich so noch einmal das Zarentum als staaterhaltende Kraft, so weckte das Bündnis mit den westlichen Demokraten die Hoffnung, daß der Zar den Weg zur Politik des Oktobermanifestes zurückfinden und mit einer föderativen Reichsgestaltung den Nationalitäten die erwartete Autonomie bieten würde. Wer jetzt unter dem Zarenadler für die Ehre und den Schutz Rußlands in den Krieg zog, mochte für den Fall des Sieges wie für den einer Niederlage auf die innerpolitische Reform hoffen — nach dem Siege als Belohnung für die Loyalität und die Blutopfer, nach der Niederlage als Konzession der herrschenden Schichten, um mit Konstitutionalismus und Autonomie der Nationalitäten das Reich zu retten. Die Nationalitätenpolitik der „Provisorischen Regierung“ nach der Februar/Märzrevolution bestätigte das letztere — allerdings erst für die Republik. Die zaristische Regierung freilich benutzte die nationale Begeisterung der Mobilmachungstage, um gegen alles vorzugehen, was irgendwie in Verdacht kam, mit dem Feinde zu sympathisieren — gegen russische Staatsangehörige deutscher Abstammung, gegen die jüdische Bevölkerung, gegen Finnen und Ukrainer. Seit September 1914 lasteten Verhöre, Haussuchungen, Vermögenskonfiskationen, Verschleppungen, Verbannungen und Massendeportationen auf der Bevölkerung Westrußlands. Ob dies, wie berichtet wird, eine Folge der Niederlage von Tannenberg gewesen ist, oder ob auch die Kunde von den Plänen, Agitationen und Aktionen der Mittelmächte daran Anteil hatte, läßt sich schwer feststellen, doch ist auch das letztere nicht von der Hand zu weisen.

1. Die finnische Freiheitsbewegung

Ein Land, das nach dem Urteil der Geschichtsschreibung damals eindeutig die Loslösung von Rußland erstrebt habe⁵⁴⁾ und reif für eine Revolution⁵⁵⁾ gewesen sei, war Finnland. Seit es nach sechs Jahrhunderten schwedischer Herrschaft 1809 als autonomes Großherzogtum mit der Zarenkrone verbunden wurde, war diese Verfassung im 19. Jahrhundert respektiert worden, die ihm die Selbstverwaltung, eine eigene Armee, eigene Münze, eine eigene Strafgesetzgebung und Post- und Telegraphenwesen garantierte. Aber durch die Gesetze und Maßnahmen der Russifizierungs- und Unifizierungswellen um die Jahrhundertwende und dann wieder der Stolypinschen Reaktionspolitik, zuletzt einem Reichsgesetz von 1910, war Finnland fast aller dieser Rechte beraubt worden. Unter dem Druck dieser großrussischen Politik, und da alle Bemühungen scheiterten, den Zaren durch Massenpetitionen zu beeinflussen, waren schon seit der Jahrhundertwende finnische Widerstands-

organisationen tätig, die sich im wesentlichen nur dadurch unterschieden, daß die einen den passiven und andere einen aktiven Widerstand betrieben. Und wenn die Russen früher den sprachlich-kulturellen und sozialen Gegensatz der finnischen Bevölkerung und der schwedischen

Oberschicht gegeneinander ausspielen konnten, so wurden die beiden Bevölkerungsgruppen mehr und mehr zu einer gemeinsamen politischen Opposition zusammengeführt, so daß sich ein beide umfassendes finnländisches Nationalbewußtsein formte.

Die Reichsregierung betreibt den Aufstand

Die deutsche Politik versuchte zunächst den Hebel für eine Revolutionierung Finnlands bei der schwedischen Partei anzusetzen, die im finnischen Reichstag, in dem sie 26 Sitze einnahm, mit Altfinnen (42 Sitze) und mit den liberal-radikalen Jungfinnen (28 Sitze) zusammenging. Das ergab sich auch aus dem Bestreben, Schweden in den Krieg ziehen, und zwar — wie es in dem Generalstabsprogramm vom 2. August gesagt war — mit der Aussicht auf die Rückgewinnung Finnlands. Unmittelbar nach dem Kriegsausbruch erklärte sich der schwedische Gesandte

in Berlin, Graf Taube, mit der Errichtung einer finnischen Republik einverstanden; Schweden würde dann höchstens die Aalandinseln und kleine Grenzberichtigungen fordern. Taube gab auch Ratschläge dafür, wie in Finnland ein Aufstand hervorgerufen werden könne. Er machte Personen in Stockholm namhaft, die auf Grund ihrer Herkunft geeignet seien, die Verbindung mit den finnischen Führern herzustellen⁵⁶⁾; und der gerade in Berlin weilende Erzbischof von

(Fußnoten 47 bis 57 siehe Seite 331)

Upsala nannte Leute, die eine dafür erforderliche Waffenzufuhr organisieren könnten. Er erbot sich auch, sie in den nächsten Tagen in Stockholm mit dem deutschen Gesandten in Verbindung zu bringen⁴⁷).

Bethmann-Hollweg beauftragte noch am 6. August 1914 den Gesandten v. Reichenau, mit leitenden Persönlichkeiten der schwedischen Partei in Finnland Fühlung zu nehmen, „um in Finnland Stimmung für uns zu machen, evtl. Aufstand gegen Rußland hervorzurufen“. Dabei

Schwierigkeiten

Nun stand Reichenau, wie er bereits am 8. August in Beantwortung des Bethmannschen Telegramms mitteilte, schon seit einiger Zeit in Verbindung mit den finnischen Patrioten, um einen geheimen Nachrichtendienst von und nach Finnland einzurichten. Darunter auch mit Zilliacus, der, wie früher schon andere Mitglieder dieser Familie, zu den Führern der finnischen Widerstandsbewegung gehörte und dem Auswärtigen Amt auch noch von anderer Seite als spiritus rector der antirussischen Bewegung genannt wurde⁴⁸). Die Stockholmer Besprechungen mit Zilliacus und seinem Kreis wie auch mit den von Taube und den vom Erzbischof benannten Mittelsleuten ließen jedoch die Schwierigkeiten zutage treten, die einer Revolutionierung Finnlands entgegenstanden⁴⁹). An einen Aufstand der Finnen sei nicht zu den-

solle er für den Fall eines günstigen Kriegsausganges einen „autonomen Pufferstaat Finnland (Republik)“ in Aussicht stellen⁵⁰). In diesem Telegramm des Reichskanzlers findet sich zum erstenmal die Formulierung von der „Befreiung und Sicherung der von Rußland unterjochten Stämme, Zurückwerfung russischen Despotismus auf Moskau“. Es deutet auf ihren propagandistischen Charakter hin, daß sie als „Leitsätze für evtl. zu verbreitende Aufrufe“ verwandt werden sollte.

ken, ohne eine Landung deutscher oder besser noch schwedischer Truppen und eine Niederlage der Russen. Selbst dann sei nicht mit einem organisierten Gesamtaufstand zu rechnen. Es fehle an fast allem: an Führern, an Mut, Entschlossenheit und Initiative, und nicht nur an Waffen und Munition, sondern auch an ausgebildeten Leuten. Denn die Finnen hatten keinen Kriegsdienst zu leisten, da, nachdem 1902 die finnische Armee von den Russen aufgelöst worden war, die Durchführung des russischen Rekrutierungssystems an der politischen Un-

zuverlässigkeit der Wehrpflichtigen gescheitert war. So kam jetzt höchstens ein Guerilla-Krieg mit Brückenzerstörungen und anderen Verkehrsunterbrechungen in Betracht. Sogar der Gegensatz der finnischen und der schwedischen Volksgruppe wurde geltend gemacht, der eine Einheit der Bewegung erschwere. In einer Besprechung vom 25. August machte gerade Zilliacus darauf aufmerksam⁵¹), daß ein Aufstand nicht nur aussichtslos, sondern geradezu schädlich sei, da die in Finnland stationierten russischen Truppen stark genug seien, um einen solchen Versuch blutig niederzuschlagen — eine Karte, auf der die russischen Garnisonen verzeichnet waren, brachte das deutlich zum Ausdruck.

Unter diesen Umständen beschränkte sich die deutsche Politik zunächst auf die propagandistische Vorbereitung einer finnischen Erhebung; die deutsche Gesandtschaft in Stockholm organisierte einen illegalen Nachrichtendienst und begann noch im August mit der Herstellung eines Nachrichtenblattes, das auf Dünndruckpapier Meldungen über die deutschen Siege brachte und über die schwedisch-finnische Grenze geschmuggelt wurde⁵²).

Die Sozialdemokraten

Bereits in der finnischen Frage wurde die deutsche Regierung vor eine Entscheidung gestellt, die sie dann auch bei den Bemühungen um die „Aufwiegelung“ der anderen Fremdvölker im russischen Reich beschäftigen sollte: die Frage, ob sie sich mehr auf die konservativen, etwa grundbesitzenden, oder auf die sozialistischen Gruppen verlassen sollte. Dachten Bethmann-Hollweg und Jagow zunächst unter

dem Einfluß des schwedischen Gesandten in Berlin an den konservativen schwedischen Volksteil, so schien doch eine Revolutionierung Finnlands nicht ohne Initiative und Teilnahme der finnischen Sozialdemokraten möglich⁵³), die, auch von Kleinpächtern und armen Bauern gewählt, mit 86 Sitzen im Landtag sogar die stärkste Partei waren. Das galt auch für den Versuch, mit der Aussicht auf Befreiung Finnlands Schwe-

47) Paul Miljukow, Rußlands Zusammenbruch, Bd. I (1925) S. 16.

48) S. „Gedanken und Erinnerungen“, Kap. Krimkrieg.

49) An Prinz Reuss, 3. Mai 1888 a. a. O.

50) Die dritte Sitzungsperiode der Duma 1907/12 wurde deshalb „einer der wichtigsten Wendepunkte in der Geschichte Osteuropas“ genannt, Karl Tiander, Das Erwachen Osteuropas, Die Nationalitätenbewegung in Rußland und der Weltkrieg (1934) S. 48.

51) Graf Witte, Erinnerungen (dtsh. 1923); und Einl. von Otto Hoetzsch. Vgl. Hoetzsch, Rußland (1913, 1917). S. 518. Vgl. Georg v. Rauch, Rußland, Staatliche Einheit oder nationale Vielfalt (1953) S. 155. Witte schrieb: „Nachdem wir nun eine Menge fremder Stämme verschlungen und ihre Länder geraubt haben, ist in der Staatsduma und ‚Nowoje Wremja‘ eine halbkomische Nationalpartei aufgetaucht, die erklärt, daß Rußland den Russen gehören soll, d. h. denen, die der griechisch-orthodoxen Religion angehören, einen Familiennamen haben, der auf ‚ov‘ endet und Rußkoje Snamija und ‚Golos Mosky‘ lesen. (Übers. von Tiander a. a. O., S. 40) — Der Finne Tiander, der die Ereignisse in Rußland unmittelbar erlebte, geht bis zu der Behauptung, die Fremdvölker seien unmittelbar vor dem Kriegsausbruch entschlossen gewesen, die Nationalitätenfrage durch ‚Losreißung aus dem russischen Staatskörper und die radikale Umbildung seiner Struktur‘ einer zweckmäßigen Lösung entgegenzuführen (S. 46).

52) „Als der Krieg ausbrach, herrschte in Deutschland weithin die Vorstellung, daß die nicht großrussischen Völkerschaften Rußlands sich sofort erheben würden...“ (Otto Hoetzsch in einer Denkschrift, die er am 27. Nov. 1914 durch Raschdau zur Lektüre für den Reichskanzler wohl an Wahnschaffe übersenden ließ. Sie wurde Ende Dez. 1914 auch als Manuskript gedruckt) Wk 2 geh. AA. Hoetzsch war ein Gegner der Illusion, als könne man Rußland in seine „natürlichen Bestandteile“ zerlegen und eröffnere mit dieser Denkschrift seinen Kampf dagegen (Darüber noch in einem folgenden Kapitel). Der konservative Fraktionsführer Graf Westarp an Heydebrand, 6. August 1914: „daß heute der polnische Aufstand in Rußland ausbrechen würde, wußte ich...“ (Graf Westarp, Konservative Politik, II [1935] S. 1). Tel. Konsul Heinze aus Lemberg vom 7. Aug. und Berichte vom 9., 14., 16. und 21. Aug. 1914 Wk IIa A. A. Vgl. auch Bericht Tschirschky vom 6. August 1914 betr. die Ukraine (hier wohl nicht nur Konsul Heinze referierend). Wk IIa geh., A. A. — Baron Giesl an k. u. k. Min. des Ausw., 3. Sept. 1914: „... von der uns für den Fall eines Krieges mit

Rußland so oft als sicherstehend bezeichneten Aufstandsbewegung der Polen im Rücken der russischen Armee... stille geworden“. Krieg 8, Polen, Karton 899. H. H. St. A. — Graf Hertling zum ö.-u. Gesandten in München, Velics: „Auch mit den Nachrichten über drohenden Aufruhr in Kiew und die anderen Gegenden Südrußlands sei es jetzt ganz still geworden...“ Velics an k. u. k. Min. d. A. München 14. Aug. 1914, Krieg 4a Karton 837 H. H. St. A. — Tel. Zimmermann an Reichenau vom 10. Aug. 1914 über einen Mitarbeiter von „Aftonbladet“, der sich „in diesem Jahre in Finnland und in Polen aufgehalten, um dort die geheimen Vorbereitungen für Revolution zu studieren“ Wk 11 c A. A. — Tel. Jagow an Reichenau vom 12. Aug. 14 über Berichte finnischer Reisender, „daß im Lande große Erregung herrsche und geheime Verbindungen tätig seien, um Revolution zu organisieren“. Wk 11 geh. A. A. Über (angebliche) Revolten im Kaukasus: Tel. des Militärattachés über Botschafter Wangenheim vom 16. Aug. Wk Gr. Hqu. Nr. 23 A. A., Tel. Moltkes vom 19. Aug. an Ausw. Amt (Wk Nr. 23 Gr. Hqu. A. A.) und Jagows an Ausw. Amt vom gleichen Tage (Rußl. 61, A. A.) mitgeteilt an Kriegsmin., Genstab, Reichsm. Amt und Adm. stab.

53) Zum folgenden: Michael v. Taube, Der großen Katastrophe entgegen (1929), S. 347 ff., Tiander a. a. O., Rauch a. a. O., Hugh Seton-Watson, Der Verfall des Zarenreiches (dtsh. 1954), Karl Stählin, Geschichte Rußlands Bd. 4 (1930). Dazu Zusammenstellungen des Nachrichtendienstes des Generalstabes über die „innere Lage Rußlands und den Zustand seiner Heere“, von Ende Dez. 1914, Anfang Febr. 1915 und Ende März 1915. Rußland 61 A. A.

54) Rauch a. a. O. S. 186. In der Zusammenstellung des Nachrichtendienstes des Generalstabes über die innere Lage Rußlands vom Dez. 1914 (a. a. O.) wird der Zusammenhang so dargestellt: Die Stimmung in Finnland sei seit Beginn des Krieges durchaus loyal gewesen und die Russen hätten noch in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch durch Verschärfung den „Rassengegensatz“ zwischen der schwedischen Oberschicht und dem finnischen Bevölkerungsgros ein Zusammengehen

beider „Stämme“ gegen das russische Element verhindert. „Als die Bevölkerung sich trotz der wilden Gerüchte über eine bevorstehende deutsche Landung durchaus ruhig verhielt und die schwedische Regierung nicht die geringste Lust zeigte, die alten Ansprüche auf das ihr vor 100 Jahren entrissene Land geltend zu machen, scheute man sich nicht, durch noch rücksichtslosere Vorgehen seine Russifizierung zu fördern“. Der Bericht von Anfang Febr. 1915 konstatiert dann, daß diese Russifizierungspolitik ein Umschwenken der öffentlichen Meinung zugunsten Deutschlands zur Folge gehabt habe.

55) Seton-Watson a. a. O. S. 277, Im übrigen: M. G. Schybergson, Politische Geschichte Finnlands 1809—1919, (1925), Tiander S. 44 ff.

56) Tel. Bethmann-Hollweg an Reichenau 6. Aug. 1914 Wk. 11c geh. AA. s. Anlage Nr. 7.

57) Tel. Zimmermann an Reichenau, 10. Aug. Wk 11c A. A.

58) Tel. Bethmann-Hollwegs 6. Aug. a. a. O.

59) Tel. Reichenau vom 8. Aug. a. a. O. und Tel. Zimmermann an Gesandtschaft Stockholm v. 20. Aug. mit dem Auftrag, Erkundungen über Z. einzuziehen. Bei den Akten befindet sich auch ein anonymer Bleistiftzettel mit Angaben über Z. Tätigkeit in der finnischen Bewegung vor 1905 z. B. mit Waffenschmuggel.

60) Brief Reichenaus an Jagow 13. Aug. auch zum folgenden Wk 11c AA., (s. Anlage Nr. 8), ebenso Aufz. von Pourtalès im Ausw. Amt über Aussage von Generalkonsul Flügel Wk. 11c AA.

61) Brief Reichenaus an Zimmermann 25. Aug. Abschr. Wk 11c A. A. Vgl. Jagow vom 13. Aug. a. a. O.

62) Brief Reichenau an Zimmermann, 25. Aug. a. a. O.

63) Zum folgenden Briefe und Berichte Reichenaus, so vom 13. Aug. an Jagow a. a. O. R. bezog sich besonders auf den Rat des aus der finnischen Widerstandsbewegung von 1905 bekannten Dr. Töregren.

den in den Krieg zu ziehen. Dort gab es zwar beim Königshaus und in der Armee starke Sympathien für Deutschland, und nach der Schilderung des Gesandten verlangten diese und die Jugend sogar „stürmisch eine aktive Kooperation“. Aber die schwedischen Sozialdemokraten neigten zu Frankreich und England. Auch der Weg zu ihnen führte nach Reichenau über die deutschen Sozialdemokraten, und er empfahl, daß diese brieflich oder in sonst geeigneter Weise die Führer oder einflußreiche Mitglieder der schwedischen Sozialdemokratie zur aktiven Teilnahme am Kampf „gegen den slawischen Despotismus und Barbarismus“ zu beeinflussen suchten.

Man wird sich dabei zu erinnern haben, daß das zaristische Rußland der Erzfeind des Sozialismus war. Unter diesem Aspekt hatte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 zur Verteidigung der deutschen Kultur und der Unabhängigkeit und fortschrittlichen Zukunft Deutschlands bekannt. Darüber hinaus gab es in der sozialistischen Ideologie sogar ein Element, das, auf die antirussische Einstellung des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert und auf Friedrich Engels zurückgehend, dem Krieg gegen Rußland noch einen tieferen Sinn gab. Es war der Gedanke, daß der deutschen Arbeiterschaft als der bestorganisierten der Welt die Aufgabe zufalle, die russische Arbeiterklasse, aber auch die der Fremdvölker Rußlands — gedacht war vor allem an die Polen — vom Joche des zaristischen Despotismus zu erlösen⁶⁴). Es scheint uns allerdings, daß der Einfluß dieser Konzeption im Schrifttum überschätzt worden ist, vielmehr auch bei den deutschen Arbeitern 1914 das Bewußtsein der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ im Spiel gewesen ist, wie sie durch die jährlichen Sedanfeste der Schulen und die Tradition des Krieges von 1870/71 in der Armee gepflegt wurde. Dazu kam offensichtlich ausschlaggebend für die Reichstagsfraktion die Nachricht von der Haltung der französischen Sozialisten, für die eine Ablehnung der Kriegskredite nicht in Frage kam⁶⁵). Die sozialdemokratischen Abgeordneten stellten sich nun zur Verfügung, um in den neutralen Ländern der Entente Propaganda entgegenzutreten. Noch im August reisten Scheidemann nach Holland und Südekum nach Italien, um dort Fühlung mit den sozialistischen Gesinnungsgenossen aufzunehmen⁶⁶). Auch Karl Liebknecht konferierte im September in Brüssel mit den Sozialisten, darunter Camille Huysmans, dem Sekretär des Internationalen Sozialistischen Büros, erhielt dabei allerdings Aufklärungen, die ihn in seiner Gegnerschaft gegen den Krieg bestärkten⁶⁷).

Nach Stockholm wurde vom Auswärtigen Amt der Gewerkschaftsführer Wilhelm Jansson entsandt, der von Geburt Schwede war. Allerdings hatte er Bedenken, als er von Reichenau

aufgefordert wurde, nach Finnland zu reisen, um dort für einen Aufstand zu agitieren. Die finnischen Sozialdemokraten, meinte er, wollten gar nicht die staatliche Selbständigkeit, sondern nur mit Hilfe der russischen Revolutionäre bzw. Sozialdemokraten die Autonomie unter russischer Oberhoheit, zumal ein alleinstehendes, unabhängiges Finnland auch einem geschlagenen Rußland gegenüber zu schwach sei⁶⁸). Damit ist ein weiteres Problem berührt, mit dem

sich die Revolutionierungspolitik der deutschen Regierung immer wieder auseinandersetzen mußte: Auch unter den Sozialisten der nicht-russischen Nationalitäten gab es sehr verschiedene und mitunter geradezu entgegengesetzte Einstellungen zur Frage der nationalen Revolution und verschiedene Meinungen darüber, ob die soziale und politische Befreiung gerade im Bunde mit den Hohenzollern und Habsburgern zu gewinnen sei.

Die Freiwilligenbewegung

Doch nun taten die Russen einen Schritt, der die finnische Freiheitsbewegung aktivierte. Unter dem 7. November 1914 verkündete ein Ukas des Zaren für Finnland neue Bestimmungen, die es jedermann deutlich machten, daß es die Absicht der Regierung war, dieses Land völlig in Rußland aufgehen zu lassen. Hatten die Finnen bisher mehr passiven Widerstand geleistet und ihre Hoffnungen auf England und Frankreich gesetzt⁶⁹), so kam nun, und zwar vor allem bei der akademischen Jugend, der Wille zum aktiven Kampf gegen die russische Herrschaft zum Durchbruch. Aber es fehlte ihr ja jegliche militärische Ausbildung. Schweden, das sie darum angingen, wollte seine Neutralität nicht gefährden. Da, und wohl auch unter dem Eindruck der durch die deutsche Propaganda vermittelten Siegesnachrichten, wandten sich ihre Blicke nach Deutschland. In den ersten Dezembertagen erschienen in der deutschen Gesandtschaft in Stockholm zwei

finnische Studenten und am Ende des Monats eine Studentendeputation. Sie war von einem von Studentenabordnungen gebildeten geheimen „Provisorischen Zentralvorstand“ beauftragt worden, über eine militärische Ausbildung der Finnen in Deutschland zu verhandeln⁷⁰).

Dort hatten sich inzwischen Persönlichkeiten der finnischen Intelligenz, die sich bei Ausbruch des Krieges außerhalb ihres Landes befanden, dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt: der Archäologe Herman Gummerus und Prof. Johannes Ohquist⁷¹), letzterer von dem Sozialdemokraten Breitscheid als „Führer der finnischen Demokraten“ empfohlen⁷²). Gummerus reiste darauf über Stockholm nach Finnland. In Berlin wurde ein „finnisches Befreiungskomitee“ gegründet, das unter dem finnischen Rechtsanwalt Wetterhof ein Büro zum Verkehr mit den deutschen Dienststellen unterhielt; Wetterhof wurde auch Vertrauensmann des Kriegsministeriums⁷³).

Sonderfriedenspolitik und militärische Interessen

War es schon schwierig genug, die bisher erörterten, teilweise recht gegensätzlichen Interessen auf einen Nenner zu bringen, so wurde die finnische Aktion durch ganz anders gerichtete Bemühungen der deutschen Führung von Grund auf in Frage gestellt. Die finnischen Freiwilligen, die sich, sei es auch vorerst nur zu Sabotageakten, zur Verfügung stellten, verlangten eine amtliche deutsche Zusicherung, daß ihre Wünsche und Interessen bei einem Friedensschluß auch wirklich zur Geltung gebracht wür-

te. Die finnischen Freiwilligen, die sich, sei es auch vorerst nur zu Sabotageakten, zur Verfügung stellten, verlangten eine amtliche deutsche Zusicherung, daß ihre Wünsche und Interessen bei einem Friedensschluß auch wirklich zur Geltung gebracht wür-

67) Über Liebknecht: Artikel in „Het Volk“ vom 23. Sept., Übersetzung in den Akten: Wk 11 adh. 1 A. A.; Vgl. auch Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialisten (1928), Bd. I, S. 261 ff. Nach mündlicher Mitteilung von Herrn Bernhard Menne hat Huysmans ihm später berichtet, Liebknecht habe bei seinem Besuch in Brüssel zunächst den deutschen Standpunkt vertreten. Andererseits hat Liebknecht, „der von allen oppositionellen Führern der mutigste war“, (Volkmann, a. a. O., S. 89) sich bereits Ende August bemüht, Demonstrationen unter der Parole „gegen Annexionen und für den Frieden“ herbeizuführen.

68) Bericht Reichenaus an Reichskanzler, 13. September (Okt.?) a. a. O. Ich fürchte beinahe, Herr Jansson hat Recht mit seiner Vermutung“, schrieb Reichenau dazu.

69) Schybergson a. a. O., S. 393. Nach Sch. (S. 391) wäre man in Geschäftskreisen anfänglich sogar geneigt gewesen, mit den Ententemächten zu sympathisieren, zu denen es starke industrielle und kommerzielle Beziehungen gab. — Die Sorge vor einer Rückwirkung auf die Stimmung in Schweden und der Gefahr seines Anschlusses an Deutschland veranlaßte die Ententepartener, der russischen Regierung zu einer versöhnlichen Politik gegenüber Finnland zu raten. Tel. Grey an Buchanan 4. Dez. 1914 und dessen Antwort vom 5. Dez. (Russ. Dok. Bd. 6, II. S. 509). — Die Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten in Stockholm hatten kaum Erfolg. In einem rückblickenden Bericht, den Jagow unter dem 16. Juni 1915 von der OHL erhielt, hieß es, daß die früheren Versuche Janssons und Südekums, einen Umschwung der franzosenfreundlichen Haltung der schwedischen Sozialdemokraten zu erreichen, „nur eine Milderung der gegen uns bestehenden Abneigung“ erzielt hätten. Jansson bemühte sich auch mit einer in Berlin erscheinenden „Nordischen Korrespondenz“, „die Presse zu beeinflussen“. (Falkenhayn an Jagow, 16. Juni 1915 Wk 11 adh. 1 AA). Vgl. auch Scheidemann (a. a. O.).

64) Vgl. Arthur Rosenberg, Die Entstehung der Deutschen Republik, 1871—1918 (1928) Neudruck 1955 S. 73 ff und E.; Erich Matthias, Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten (1914—1945) (1954).

65) Erich Otto Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg (1925) S. 63.

66) Tel. Zimmermann an Gesandtschaft im Haag vom 23. Aug. 1914 und Antworttel. an den Reichskanzler vom 6. Sept. über die Reise Scheidemanns; Tel. an die Botschaft in Rom vom 24. Aug. über Südekum.

70) Schybergson a. a. O., S. 395 ff.

71) Ohquist schildert (Johannes Ohquist, Das Löwenbanner, (1942, S. 54), wie zwei im Ausland vom Krieg überraschte finnische Politiker sich darüber geeinigt hätten, die nie wieder zu erlangende Gelegenheit der weltpolitischen Lage zu benutzen und das Auswärtige Amt in Berlin aufgesucht hätten. Bei den Akten befindet sich auch die Visitenkarte von Dr. Gummerus. Auch der später noch besonders hervortretende Dr. Castrén wurde dem Auswärtigen Amt wegen seiner guten Verbindung mit finnischen revolutionären Kreisen genannt und reiste nach Stockholm (Tel. Zimmermann 16. Aug. an Botschaft in Wien). Castrén wollte nach Stockholm gebatene finnische Offiziere über die Aussichten einer Erhebung vom militärischen Standpunkt befragen. Törngren reiste nach Finnland um die Bevölkerung tatsächlich über die Kriegslage zu unterrichten und propagandistisch gegen Rußland zu wirken. Castrén hielt ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien in Finnland mit den Sozialdemokraten für ausgeschlossen (Reichenau an Reichskanzler 13. Sept. [Okt.?] a. a. O.) und bemerkt in seinem Schreiben an Geheimrat Eckart vom 19. Sept., daß Breitscheid bereits Ohquist telegrafisch aus Wien nach Berlin gebeten habe. Das Schriftstück trägt den Vermerk von P. (ourtalés): „Mit Herrn Jäckh besprochen z. d. A. 2./10.“ Wk 11c AA.

72) Ernst Jäckh (Nachrichtenbüro des Reichsmarinenauftrags) übermittelt die Empfehlung Breitscheids.

73) Auch zum folgenden: Kriegsministerium 8. Febr. 1915, ganz geheim, an Chef des stellv. Generalstabes, des Admiralstabes und Ausw. Amt. Wk 11c geh. AA, Berichte über Sitzung vom 26. Jan. 1915, Wk 11c AA.

den. Der deutsche Gesandte in Stockholm wollte eine Zusage aufsparen, bis durch Sprengung von Eisenbahnlinien und Brücken eine tatsächliche Hilfe der Finnen erfolgt sei. In Berlin war man aber inzwischen, wie wir hörten, seit Ende November 1914 darum bemüht, mit dem zaristischen Rußland zu einem Sonderfrieden zu kommen: die Unterstützung eines finnischen Aufstands aber konnte eine Verständigung mit Rußland erschweren. Reichenau, der den Finnen bei Kriegsbeginn einen „autonomen Pufferstaat“ in Aussicht stellen sollte, erhielt daher am 25. Dezember den Auftrag, „nur in sehr allgemeiner Form Berücksichtigung (aber nicht Durchsetzung) finnischer Interessen und Wünsche“ zuzusichern, da Konzessionen für Finnland von Rußland „sehr schwer zu erhalten, ihre Durchführung noch schwerer durchzusetzen“ sei. „Sollte sich etwa jetzt Möglichkeit für Separatfrieden mit Rußland ergeben, können wir (das) Programm unserer Forderungen nicht übermäßig belasten“⁷⁴).

Demgegenüber machte sich aber wieder das militärische Bedürfnis geltend, jedes nur irgendwie greifbare Kampfmittel zu benutzen, um den Gegner zu schädigen. Auf Drängen Falkenhayns, der in den ersten Januartagen von 1915 in Berlin nach den Maßnahmen zur Erregung

eines Aufstandes in Finnland fragte, kam es darüber am 26. Januar 1915 im Kriegsministerium zu einer Besprechung von Vertretern des stellvertretenden Generalstabes, des Kriegsministeriums, Admiralstabes und des Auswärtigen Amtes⁷⁵). Man war sich zwar darin einig, daß eine Landung in Finnland auf lange Sicht nicht möglich sei und daß auch bei den Finnen keine dementsprechende Hoffnung erweckt werden sollte. Dennoch wurde beschlossen, das Angebot der Finnen und des deutschen Militärattachés in Stockholm anzunehmen, der inzwischen Auffang- und Weiterleitungsbüros von der finnisch-schwedischen Grenze bis Berlin organisiert hatte. Schon in den folgenden Tagen wurden die Freiwilligen truppweise nach Berlin in Marsch gesetzt. Die Absicht war, sie für den Fall eines aktiven Vorgehens Schwedens gegen Rußland oder eines selbständigen finnischen Aufstandes zur Verfügung zu haben. Ende Februar begann im Lokstedter Lager bei Hamburg die Ausbildung von 170 Finnen durch deutsche Offiziere und Unteroffiziere. Der Reichskanzler hatte inzwischen (2. Februar) vom Reichsschatzamt 1 Million Mark angefordert, um in Finnland Agitation zu treiben und von dort militärische und politische Nachrichten zu erlangen⁷⁶).

meinen und zu organisieren, und da nach dem Urteil des Ausbildungsoffiziers die finnische Freischar eine „ernste pflichttreue Elitetruppe“ sei, erscheine die Einstellung weiterer Freiwilliger als das geeignetste Mittel zur Aufrechterhaltung der Fühlung und „um die separatistische Bewegung in Finnland wachzuhalten“^{79a}).

Schon dieses finnische Problem bietet ein Beispiel dafür, daß das Schicksal der nationalrevolutionären Bewegungen abhängig war von den Interessen und den taktischen Bedürfnissen der kriegführenden Mächte. Für die deutsche Regierung war die Politik der „Aufwiegelung“ der Fremdvölker Rußlands ein Teil der großen Aufgabe, Rußland aus dem Kreis der Feindmächte auszuschalten. Sei es durch eine Verständigung mit dem Zaren und seinem Regime, von Dynastie zu Dynastie und durch Vermittlung dynastischer Verwandtschaft neutraler Fürsten, sei es durch Zersetzung und Unterminierung dieses Reiches oder aber — auch das bot sich an —, um mit dem Druckmittel der Revolutionierung den Frieden zu erzwingen. Die Führer der altfinnischen Rechten hielten die Schaffung eines finnischen Staatswesens für eine Utopie; ihre Hoffnung war, daß Deutschland bei den Friedensverhandlungen für die Wiederherstellung der Autonomie Finnlands innerhalb des russischen Reiches eintreten würde, auch ohne daß es zu einer revolutionären Erhebung der Finnen komme. Sei diese ohne eine deutsche Landung oder den Kriegseintritt Schwedens nicht möglich, so bleibe als dritte Möglichkeit die einer allgemeinen Anarchie in Rußland. Zur Vorbereitung des finnischen Volkes auf diese Situation, erklärte Edvard Hjelt, der offizielle Vertreter der rechtsstehenden Parteien, die Aufstellung der finnischen Legion als ein wichtiges Agitationsmittel, während ihr der linksgerichtete Törngren jegliche Bedeutung für die Finnen absprach und sie lediglich als ein militärisches Kampfmittel der Deutschen gegen Rußland betrachtete.⁸⁰). Tatsächlich hielt die Geschichte eine Entwicklung bereit, die der Zusammenarbeit der jungfinnischen Freiheitsbewegung mit der deutschen Kriegspolitik doch noch eine historische Legitimation geben sollte — nicht nur, um ein autonomes Finnland als Teil des russischen Reiches, sondern um den souveränen Nationalstaat zu erkämpfen.

Politische Bedeutung der Legion

Wiederum aus militärischen Motiven regte der Generalstab im Mai 1915 an, die Förderung der finnischen Nationalbewegung einzustellen. Die OHL verzichtete auf die Entfesselung eines Aufstandes in Finnland, und das Kriegsministerium hielt es für überflüssig, Zeit und Geld für die Ausbildung von Leuten aufzuwenden, die doch nicht für einen Einsatz in Betracht kamen, und beanspruchte das deutsche Ausbildungspersonal⁷⁷).

Es wird berichtet, daß es durch Wetterhof und durch Vermittlung von Taube und des rumänischen (!) Gesandten Beldimann gelang, die Auflösung des Lokstedter Lagers zu verhindern⁷⁸). Die Überlegungen, die in einer Sitzung im Kriegsministerium am 25. Mai 1915 für die weitere Unterstützung der finnischen Bewegung vorgebracht wurden, haben grundsätzlichen Charakter. Der Generalstab entschloß sich, die

finnische Legion beizubehalten, um sie für den Fall einer allgemeinen großen Revolution in Rußland zur Verfügung zu haben, und das Auswärtige Amt, weil ihre Auflösung Mißtrauen bei den „sonstigen separatistischen Bestrebungen in Rußland“ erwecken würde, insbesondere mit Rücksicht auf die bereits eingeleiteten revolutionären Bewegungen in der Ukraine und im Kaukasus⁷⁹). Mit dieser Begründung wird auch in einer rückblickenden Aufzeichnung des Staatssekretärs vom 23. Juli 1915 für den Reichskanzler und das Kriegsministerium „hauptsächlich aus dem Grunde, daß es für alle Eventualitäten wünschenswert erscheint“, dringend befürwortet, die Fühlung mit den finnischen Separatisten beizubehalten. „Nachdem wir uns einmal mit der finnischen Bewegung eingelassen haben“ und darauf hingearbeitet worden sei, die aktionslustigen Elemente zu sam-

2. Polen zwischen den Mächten

Auch die Polen in Rußland waren in den Jahren vor dem Kriegsausbruch von den Maßnahmen der Stolypinschen Russifizierungspolitik bedrängt worden. Damit wurde jene der historischen Richtungen der polnischen Nationalbewegungen diskreditiert, die durch Verständigung mit den Russen, insbesondere des liberalen Bürgertums die Autonomie im Rahmen des Russischen Reiches zu erringen hoffte und hier für ihre Loyalität zum russischen Reich und

zum Zaren betonte. Diese polnischen Nationaldemokraten vertraten unter Führung von Roman Dmowski mit der Konzeption des Neo-Slawismus eine slawische Ideologie, die mit der Versöhnung von Russen und Westslawen eine gemeinsame Frontstellung gegen die beiden andern Teilungsmächte verband, sowohl mit dem

Anspruch auf die polnischen Gebiete Preußens und Österreichs, wie auch, wie es Dmowski formulierte, weil Polen statt eines Bollwerkes gegen den Osten ein Bollwerk gegen den Westen

79a) Aufzeichn. Jagows (Entwurf Pourtalés), vom 23. Juli 1915, abgezeichnet vom Reichskanzler, und von Jagow mit einem Randvermerk versehen, in dem er bei diesem die Besprechung der Angelegenheit mit dem Kriegsminister anregt. Wk 11c secr. AA.

80) G. A. und Tel. Wesendonk/Rantzau vom 6. Juli 1915 über Unterredungen mit Edwart Hjelt und Dr. Törngren in Kopenhagen, Wk 11c secr. AA. Vgl. Schybergson a.a.O., S. 376. Adolf Törngren gehörte zu den Gründern der Geheimorganisation „Kagal“, die seit 1900 den Kampf gegen die Einbeziehung der Finnen in das russische Wehrpflichtsystem sowohl bei der akademischen Jugend wie auch bei den Arbeitern organisierte. (a.a.O., S. 319).

74) Tel. Jagows aus dem Gr. Hqu. geh. an Ausw. Amt, 25. Dez. 1914. Wk 11c geh. AA., s. Anlage Nr. 9.

77) G. A. Wesendonk vom 25. Mai 1915, und Randbemerkung Zimmermanns vom gleichen Tage. Wk 11c geh. AA., s. Anlage Nr. 10.

78) Schybergson a.a.O., S. 398.

75) Moltke an Ausw. Amt, Kriegsministerium und Admiralstab 3. Jan. 1915. Admiralstab an Ausw. Amt 6. Jan. 1915. Zum folgenden: Ergebnis der Besprechung betr. Ausbildung von jungen Finnländern in Deutschland (abgehalten im Kriegsministerium am 26. 1. 1915). Streng geh. Abschr. Wk 11c geh. AA.

76) Bethmann-Hollweg an den Staatssekretär des Reichsschatzamt, 2. Febr. 1915 streng geh. Wk 11c AA.

79) G. A. Wesendonk, a.a.O.

sein müsse⁸¹). Nun geriet zwar auch die russische Außenpolitik vor dem Kriegeausbruch in das Fahrwasser des intoleranten nationalistischen und orthodoxen Panslawismus alter Prägung, der die Herrschaft der Großrussen und ihrer Kirche über das gesamte Slawentum vom Stillen Ozean bis zur Adria beanspruchte, wie er in der Hauptsache von einer sozialen Schicht von Beamten, Offizieren und Geistlichen getragen wurde. Aber auch die im liberalen Bürgertum vorhandene Bereitschaft zu einer liberalen Nationalitätenpolitik, jedenfalls gegenüber Polen und Finnen, war im russischen Außenministerium lebendig⁸²). Der Vizedirektor, Fürst Gregor Trubetzkoy war sogar eine führende Persönlichkeit des Neoslawismus und vertrat publizistisch und in Denkschriften die Überzeugung, daß die Großmächtaufgaben Rußlands „nicht in einem engen und kurz-sichtigen Nationalismus“ Erfüllung fänden. „Ein Rußland, das mit den Polen und den Finnen ausgesöhnt, das in seiner inneren Einheit stark und mächtig ist, wird den Slawen gegenüber ein Magnet werden, die sie alle anziehen wird. Sasonow hatte sogar im Frühjahr 1914 versucht, solche Gedanken seines Mitarbeiters beim Zaren durchzusetzen, war aber an der Gegenwirkung seiner Ministerkollegen gescheitert.

Die Problematik der deutschen Revolutionierungspolitik erhellt daraus, daß sowohl die Deutschen wie die Russen bald nach dem Kriegeausbruch Proklamationen an die Polen verbreiteten. Weil die deutschen Truppen in einem polnischen Grenzort mit Brot und Salz empfangen worden waren, glaubte Moltke, daraus schließen zu können, daß sie „fast als Freunde“ begrüßt worden seien⁸³). In aller Eile wurde im Generalstab ein Aufruf hergestellt⁸⁴), der den russischen Polen verkündete, daß sie vom „moskowitzischen Joch“ und der Herrschaft der „asiatischen Horden“ befreit würden und die „östliche Barbarei“ nunmehr der westlichen Zivilisation weichen werde. Sie wurden aufgefordert, sich den verbündeten Heeren zum Kampf für ihre Freiheit und Unabhängigkeit anzuschließen. Die Flugblätter wurden noch in der Nacht vom 7./8. August von einem Zeppelinluftschiff jenseits der Grenze abgeworfen. Die Proklamation trug die Unterschrift: „Oberkommando der deutschen und österreichischen Ostarmee“, war aber offenbar lediglich vom deutschen Generalstab verfaßt worden. Der österreichische Bundesgenosse ließ denn auch noch eine eigene durch das Armeekommando verbreiten. Eine Woche darauf, am 16. August, erschien auch ein russisches Manifest an die Polen. War der Anlaß dazu militärisch-taktisch

und kommt dieser Charakter auch in Form und Text zum Ausdruck, so spiegelt doch die pathetisch-beschwörende Sprache dieses Dokumentes von der Wiederauferstehung eines in Religion, Sprache und Selbstverwaltung freien Polens und seiner brüderlichen Aussöhnung mit Rußland Überzeugungen der neoslawistischen Konzeption wieder. Der Entwurf der Proklamation hatte denn auch den Fürsten Trubetzkoy zum Verfasser, der sich zudem mit Fürst Lvov, später Ministerpräsident der „Provisorischen Regierung“ von 1917, der auch Teilnehmer des Prager Slawenkongresses von 1908 gewesen war, und mit dem Liberalen Peter Struve beraten hatte. Doch auch die Entstehungsgeschichte der endgültigen Fassung ist sichtbar. Das Wort „Autonomie“ des Entwurfes war, wie sich Sasonow beim Paleologue, dem französischen Botschafter beklagte⁸⁵), auf Betreiben seiner Ministerkollegen gestrichen worden. Sie war ja auch nicht vom Zaren, sondern vom Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch als Höchstkommmandierendem unterschrieben, der geradezu als Exponent des nationalistisch-großrussischen Planslawismus galt.

Unter diesen Umständen ist es zu erklären, daß die russische Polenproklamation bei den Nationaldemokraten um Dmowski eine positive Aufnahme fand, und zwar offensichtlich in der Hoffnung, durch Einschwenken auf diese Linie die Regierung zu zwingen, über die gegebenen Zusicherungen hinausgehen. Es ergab sich hier die Aufgabe, die in der Regierung, die Richtung Trubetzkoy-Sasonow und eben die des mit Lvov und Struve repräsentierten und von Miljukow geführte liberalen Bürgertums zu unterstützen. Dazu kam bei dieser Gruppe die Erwartung, daß ein Sieg über die beiden andern Teilmächte nicht nur die Selbständigkeit des russischen Kongreßpolens von 1815, sondern die Einheit der polnischen Nation bringen würde. Es gab aber auch zahlreiche Polen, die keiner der beiden Versprechungen trauten, der deutschen nicht angesichts der in Preußen betriebenen Ostmarkpolitik, der russischen nicht aus der Erfahrung, daß solche unter dem Zwang der Lage gegebenen Zusicherungen unter anderen Verhältnissen widerrufen wurden. Sie hofften, ihr nationales Ziel eher mit einem allgemeinen Zusammenbruch aller Kriegführenden zu erreichen, ohne einer der Teilmächte ausgeliefert zu sein. Das letztere gilt auch für den Sozialisten Pilsudski, der zwar in Anlehnung an Österreich-Ungarn eine Schützenkompanie aufgestellt hatte, aber am 6. August eigenmächtig und selbständig die ostgalizische Grenze überschritt und den Krieg gegen Rußland eröff-

nete — er geriet darüber mit dem österreichischen Generalstab in scharfen Konflikt.

Doch es kam noch gar nicht auf die Haltung der russischen Polen an. Die hochfliegenden Pläne des deutschen Kaisers und dieser Teil der operativen Planung des deutschen Generalstabes stießen vielmehr sofort auf den energischen Widerstand der Wiener Regierung^{86a}). Diese gab am 11. August in aller Form in Berlin eine Erklärung ab, daß die Gründung eines unabhängigen Polen nicht mit ihren Interessen „rücksichtlich Galizien“ vereinbar sei. Sie wünsche deshalb nicht, daß gegenüber den russischen Polen von einer Unabhängigkeit ihres Vaterlandes nach einem erfolgreichen Kriege gesprochen werde. Das Auswärtige Amt sah sich darauf genötigt, „auf das Bündigste“ zu versichern, daß kein Aufruf der deutschen Regierungsstellen zur Schürung der Revolution in Russisch-Polen mehr erlassen würde, der nicht vorher dem Außenminister in Wien vorgelegt worden sei. Später konnte man dort mit Genugtuung erfahren, daß auch die Aufstellung einer polnischen Legion vom deutschen Oberkommando verboten worden war, es sei denn, sie würde dem österreich-ungarischen AOK unterstellt^{86b}). Die Wiener Regierung erhob nun aber ihrerseits den Anspruch, Russisch-Polen nach einem Sieg in das Habsburgerreich einzugliedern — etwa mit trialistischer Umformung der Doppelmonarchie. Das war wiederum für Deutschland „selbstverständlich unannehmbar“⁸⁷). Andererseits wünschte man in Berlin „jetzt Divergenzen mit Österreich zu vermeiden“ und scheute sich deshalb, einen solchen Plan schroff abzuweisen. So wurde der Ausweg gewählt, den Botschafter in Wien anzuweisen, die polnische Frage „dilatorisch zu behandeln“⁸⁸). Tschirschky tat das, indem er zum Ausdruck brachte, daß der Zeitpunkt für Bestimmungen über das künftige Schicksal Polens „noch verfrüht“ sei, und da auch die Österreicher nicht mehr auf die Angelegenheit zurückkamen, versank das Thema der Revolutionierung Polens wenige Tage, nachdem so vielversprechende Proklamationen verbreitet worden waren.

Dazu kam, daß man auch in der preußischen Regierung nicht bereit war, den Polen in Posen und Westpreußen so weitgehende Zugeständnisse zu machen, wie erforderlich gewesen wären, um die Versprechungen in den Proklamationen des Generalstabes glaubwürdig zu machen⁸⁹). Erst mit der Sommeroffensive von 1915 trat die polnische Frage wieder in den Vordergrund und führte erneut zu Kontroversen der beiden Verbündeten.

81) Vgl. Hans Kohn, Die Slawen und der Westen (deutsch 1956) S. 213.

82) Darüber das aufschlußreiche Buch von Erwin Hölzle, Der Osten im Ersten Weltkrieg (1944) S. 88 ff; auch zum folgenden.

83) Moltke an Ausw. Amt. 5. Aug. 1914. Dtsche Dok. a.a.O., Bd. 4. S. 95.

84) Hutten-Czapski a.a.O., Bd. 2, S. 156, auch zum folgenden. Im übrigen die bereits auf den Akten beruhende Darstellung von Werner Conze, Polnische Nation und Deutsche Politik im Ersten Weltkrieg, (1958), S. 46 ff.

85) Im Namen des Großfürsten Nikolai erschienen Aufrufe an die Polen am 16. Aug., an die Ukrainer am 24. Aug., an die Völker Österreich-Ungarns am 17. Sept. 1914; eingehend besprochen bei C. Jay Smith Jr., The Russian struggle for power, 1914—1917, (1956), S. 8 f. — Nach Sasonow (zu Paleologue) wurde der Zar erst von dessen Kollegen davon abgebracht, das Manifest zu unterschreiben. (Paleologue a.a.O., Bd. 1, S. 78 f. S. auch den zusammenfassenden Bericht der Nachrichtenabteilung des Generalstabes über die „innere Lage Rußlands“ von Ende Dez. 1914 (Rußland 61, AA).

86a) Zum folgenden: Tel. Szögyney über Besprechung mit Zimmermann nach einem telefonischen Gespräch von Haymerle mit Hoyos vom 11. Aug. a.a.O. HH St A., s. Anlage Nr. 11.

86b) Tel. Hoyes an Hohenlohe, 21. Okt. 1914, a.a.O. HH St A.

87) Tel. Jagow (aus Koblenz) an Ausw. Amt, 18. Aug. für Botschaft in Wien. Wk. 14a AA. S. Anlage Nr. 12.

88) a.a.O.

89) Denkschrift des preuß. Innenministers v. Loebell vom 29. Okt. 1914, Werk des Parl. Untersuchungsausschusses. Reihe 4, Bd. 12, I, S. 191.

Anhang

Nr. 6

Nachlaß Stresemann

Pol. Schriftwechsel Bd. 139 AA.

Aufzeichnung Stresemanns

Konferenz beim Reichskanzler am Dienstag, dem 8. Dezember 1914

Der Reichskanzler ließ Herrn Landrat Rötger und mich bitten ihn um 4 Uhr im Reichskanzlerpalais zu besuchen, um ihm Bericht zu erstatten über die Auffassung, die die im Kriegsausschuß vereinigte Deutsche Industrie für den Fall eines siegreichen Krieges als die ihrige betrachte. Der Kanzler empfing uns sehr freundlich, er war allein, und zunächst referierte Herr Rötger über die Entstehung des Kriegsausschusses und die Aufgaben, die er sich gestellt habe, sodann gab er in kurzen Zügen Mitteilung darüber wie wir uns die politischen Grenzen dächten: Abtretung des Striches der Nordküste Frankreichs bis Calais, sodann Berichtigung unserer Grenzen und namentlich Einbeziehung der Kohlen- und Erzgruben bei Longwy (und Briey)¹⁾, sowie derjenigen Vogesen-Festungen, die unsere militärischen Sachverständigen für notwendig hielten, endlich Abtretung aller Rechte die Frankreich in Marokko erworben habe. Belgien müsse Deutschland angegliedert werden, etwa in der Form wie die Englischen Colonien mit dem Mutterlande verbunden sind. Von Rußland erwarten wir die Abtretung Polens und Kurlands und Estlands. Sodann hielten wir es für erwünschenswert ein näheres wirtschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland, Österreich, Frankreich, der Schweiz, Belgien und den Skandinavischen Ländern herzustellen. Wir seien von der Voraussetzung ausgegangen, daß wir Rußland und Frankreich entscheidend besiegen, daß unser Krieg mit England unentschieden bleibt.

Der Kanzler führte aus, daß es naturgemäß heute außerordentlich schwer wäre, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. In einem Augenblick, in dem die militärische Kraft Frankreichs noch ungebrochen sei. Wir hätten zwar große Siege namentlich bei St. Quentin erfochten und hätten auch sonst kleinere und größere kriegerische Vorteile gehabt, im Ganzen aber sei Frankreich unbesiegt. Von England wäre dasselbe zu sagen. In Rußland lägen die Dinge günstiger, er habe den Eindruck, als sei es nur eine Frage ganz kurzer Zeit, daß Rußland militärisch vollkommen erledigt sei. Unsere Stellung augenblicklich dort sei derart günstig, daß es vielleicht nur eine Frage von Wochen sei, bis sich die Reste des Russischen Heeres in das Innere zurückzögen, wohin wir ihnen nicht folgen würden. Wir würden uns dann in Polen wohnlich einrichten, bis wir entweder einen Einzelfrieden mit Rußland, wie er hoffe, oder einen Frieden mit unseren sämtlichen Gegnern schließen können.

Westlich hätten heute nur die Militärs das Wort. Nur von ihrem Gutachten und ihrer Auffassung hinge es ab, wie lange wir kämpften, hinge es ab wie vorteilhaft der Frieden für uns würde. Das Eine könne er uns aber versprechen, daß er unter keinen Umständen darauf eingehen würde einen Frieden zu schließen, der einem Waffenstillstand gleichkomme. Frankreich müsse völlig niedergedrungen werden, ob das im Frühjahr gelungen sei, oder noch in den Sommer hineingehe, das wisse er nicht. Jedenfalls seien wir von einem Frieden noch ziemlich weit entfernt, da die Französische Regierung und die öffentliche Meinung ehrlich überzeugt noch an einen Sieg über Deutschland glaube. Er meinte unter solchen Umständen bei der Unsicherheit der augenblicklichen Lage wäre es verfrüht sich auf irgend etwas programmatisches wie wir es brächten festzulegen. Ich schaltete ein, daß wir es trotzdem für unsere Pflicht gehalten hätten diese Arbeit zu leisten, weil in diesem Kriege es im Gegensatz zu den meisten früheren Kriegen, namentlich 1870 an einer einheitlichen Forderung der Nation völlig fehle. Die Stimmen, die sich mit der Frage, was nach einem siegreichen Kriege geschehen sollte, beschäftigen, gingen so weit auseinander, daß jedenfalls die Regierung und der Herr Kanzler sich bei Friedensverhandlungen nicht auf eine öffentliche Meinung berufen können. Um nun in diesen Chorus etwas Ordnung und Harmonie zu bringen, hätten wir unsere Arbeiten vorbereitet, um gegebenenfalls die öffentliche Meinung zu beeinflussen und auch dem Herrn Kanzler Gelegenheit zu geben, sich wenigstens auf die Industrie, die ja im Kriegsausschuß fast lückenlos vereinigt sei, berufen zu können. Der Kanzler gab zu, daß unsere Arbeit keineswegs vergeblich wäre, und daß er hoffe, sich auch im Laufe der

Friedensverhandlungen mit uns wieder besprechen zu können. Im Großen ganzen gingen unsere Ansichten nicht sehr weit auseinander. Was wir über die wirtschaftlichen Fragen, eine gewisse Mitteleuropäische Zollunion gesagt hätten, schwebte auch ihm als erstrebenswert vor, und er hoffe namentlich, daß es gelingen werde, Frankreich davon zu überzeugen, daß seine wirtschaftlichen Interessen in einer solchen Vereinigung mit Deutschland und anderen angeschlossenen Gebieten, am Besten gewahrt sei. Frankreich tue ihm geradezu leid. Es sei unser anständigster ritterlichster Gegner. Seine Schuld sei viel geringer als die unserer anderen Gegner, und Frankreich werde die ganze Zeche bezahlen müssen. Eine Kriegsentschädigung von Rußland sei kaum zu erlangen, da Rußland durch seine Ausdehnung fast unangreifbar sei, von England sei auch kaum eine Kriegsentschädigung zu erwarten, so daß nur Frankreich übrig bleibe, und gerade Frankreich gegenüber habe er den Wunsch es nach Möglichkeit zu schonen. Vor allen Dingen möchte er so wenig wie möglich Französisches Gebiet verlangen. Die Wunde von 1870 sei wohl verwunden, wenn aber jetzt eine neue Verstümmelung einträte, so hieße das nichts Anderes, als die unnatürliche Coalition, der wir uns jetzt gegenüber befänden, zu verewigen, und er betrachtete es als seine Aufgabe gerade eine solche Coalition für die Zukunft unmöglich zu machen. Deshalb hielt er die Frage der Abtretung der nördlichen Küste für sehr streitig. Am liebsten möchte er überhaupt keinen Quadratmeter fremdsprachigen Gebietes haben, und wenn unser Generalstab in den Vogesen aus militärischen Gründen Abtretung verlangte, so sei er bereit, um dies weniger verletzend für Frankreich zu machen, die Form eines Tausches gegen das südliche Belgien anzubieten. Die Idee Belgien in Form einer Kroncolonie zu behandeln sei ihm nicht unsympathisch, über diese Frage werde aber noch eingehender zu sprechen sein, wenn der Kriegsausschuß die wirtschaftlichen Fragen eingehend durchberaten hätte. Es wäre ihm lieb zu hören, daß dies Ende Januar erfolgt sein würde, denn man müsse rechtzeitig gerüstet sein. Soweit der Friede heute entfernt schien, so plötzlich könne er da sein. Die Französische Armee hätte, wie er zuverlässig wüßte, ungeheuer gelitten. Unsere Reserven an Mannschaften seien noch unerschöpflich, so daß ein plötzliches Ende des Krieges möglich wäre. Die Frage der Kriegsentschädigung möchte er heute nicht behandeln. Man habe ja bei uns von 30 Milliarden gesprochen, aber es bedürfe ja noch der Prüfung, ob Frankreich in der Lage sei 30 Milliarden zu zahlen. Natürlich denken wir beim wirtschaftlichen Zusammenschluß auch sehr stark an Holland, doch sagte er uns davon nicht zu säuseln, Holland sei so sehr empfindlich und es seien gerade diesem Lande gegenüber schon Dumheiten genug gemacht worden. Indem ich zusammenziehe, was ich Ihnen eben ausgeführt habe, möchte ich Ihnen also das Eine sagen: 1. Meine Hauptaufgabe ist es die Coalition der drei Großmächte für die Zukunft unmöglich zu machen. 2. Nur einen Frieden zu schließen, der uns mindestens 50 Jahre Ruhe gibt, eher legen wir die Waffen nicht nieder. 3. Den Versuch zu machen, endlich die jahrhunderte alten Streitigkeiten zwischen Frankreich und uns zu beseitigen. Diese drei Ziele bin ich fest überzeugt zu erreichen, weil ich sicher bin, daß wir über Rußland und Frankreich einen entscheidenden Sieg erfechten werden.

(Diese Aufzeichnung Stresemanns wurde in der Ausgabe B 20/61 vom 17. Mai 1961 genannt; s. bes. Anmerkungen 106 und 107.)

Nr. 7

Wk 11 c geh.

Der Reichskanzler an den deutschen Gesandten in Stockholm, Reichenau

Telegramm (Konzept)

Berlin, den 6. August 1914

pr. 6. August 1914 pm

A 16210

No 48

Eilt.

Telegramm in Ziffern

Um in Finland (sic) Stimmung für uns zu machen, eventuell Aufstand gegen Rußland hervorzurufen, wäre es geboten, alsbald mit leitenden Persönlichkeiten schwedischer Partei in Finland (sic) Fühlung

1) „und Briey“ handschriftlich nachgetragen.

zu nehmen und ihnen im Falle für uns günstigen Kriegsausgangs autonomen Pufferstaat Finland (sic) (Republik) in Aussicht zu stellen.

Graf Taube versichert ¹⁾, daß Schweden mit dieser Lösung einverstanden sein würde, da es Annektierung gar ²⁾ nicht wünsche, höchstens Alands-Inseln und Grenzberichtigungen.

Geeignete Mittelspersonen für Verbringung mit finnischen Führern sollen sein: Direktor Sven Palme und namentlich dessen Frau, geborene von Born, Finländerin (sic), glühende Patriotin und Russenfeindin, ferner sehr ³⁾ vermögenden (sic) Professor Mittag-Leffler, ebenfalls Finne von Geburt. Graf Taube glaubt, daß Vorgenannte Euer pp. bekennt.

Bitte hiernach alsbald vorbereitende Schritte einleiten.

Leitsätze für eventuell zu verbreitende Aufrufe: Befreiung und Sicherung der von Rußland unterjochten Stämme, Zurückwerfung russischen Despotismus auf Moskau.

R. K.

B(ethmann) H(ollweg) ⁴⁾

Nr. 8

Wk 11e AA

Der deutsche Gesandte in Stockholm an den Staatssekretär

Brief

A 17427

den 13. August 1914

pr. 15. August 1914

pr. 16. August 14 h (Z (immermann))

Sehr verehrter Herr von Jagow!

Mit der Anregung einer Insurgierung Persiens bzw. Aserbeidzchans durch die schwedischen Gendarmerie-Offiziere kann ich an die hiesige Regierung nicht herantreten, ohne uns zu schaden. Abgesehen davon, daß die Regierung und allen voran der sehr loyale König auf den Gedanken nicht eingehen würden, weil Schweden neutral ist und die schwedischen Offiziere ja gerade auf besonderen Wunsch der englischen und russischen Regierung nach Persien entsandt worden sind, würde schon der Vorschlag allein uns von den Schweden übel genommen werden, weil wir ihnen dadurch zumuteten, ihre Offiziere in eine gefährliche und schiefe Stellung zu bringen — eine Stellung, die von den Offizieren selbst sicher als eine Kränkung empfunden werden würde.

Außerdem aber befindet sich Oberst Hjalmarsen augenblicklich nicht in Stockholm, so daß ich auch nicht persönlich und vertraulich mit ihm sprechen kann.

Auch eine Aufstandsbewegung in Finnland läßt sich nicht so leicht herbeiführen, wie Graf Taube das anzunehmen scheint. Alle Kenner der dortigen Verhältnisse, auch die vom Grafen Taube selbst genannten, stimmen darin überein, daß Vorbedingung sein würde eine Niederlage der Russen und eine Landung von deutschen oder noch besser von schwedischen Truppen. Aber selbst dann würde man mit einem organisierten Gesamtaufstand kaum rechnen können, dazu fehle es an Waffen (in Folge des mehrjährigen Waffenverbotes), an Führern, an militärischer Vorbildung (seit 1902 thun die Finnländer keinen Militärdienst mehr), sowie an Einheit — die 5/6 der Bevölkerung ausmachenden Finnen stehen dem einen Sechstel Schweden fremd gegenüber und sind von den Russen immer gegen diese ausgespielt worden — an Entschlossenheit und Initiative. Dagegen würde es wohl möglich sein eine Art Guerillakrieg zu organisieren zwecks Brückenzerstörung, Verkehrsunterbrechung usw.

Jedenfalls aber würde ich alles thun, was in meinen Kräften steht, um den Russen in Finnland Schwierigkeiten zu bereiten. Ich halte mich aber für verpflichtet vor jedem Optimismus in dieser Beziehung zu warnen.

Was die Schweden anlangt, so verlangt die bewaffnete Macht sowie die Jugend stürmisch eine aktive Kooperation; die parlamentarischen Kreise, und die Geschäftswelt und die Regierung aber können vorläufig den Neutralitätsgedanken noch nicht aufgeben — vor allem, weil es ihnen an der treibenden Provokation (?) fehlt. Das große Publikum betrachtet noch das ungeheuerere Drama wie der Zuschauer im Parkett.

1) Schwedischer Gesandter in Berlin.

2) „gar“ nachträglich gestrichen.

3) „sehr“ nachträglich gestrichen.

4) Entwurf: Paraphe nicht identifiziert 6/8 weitere Paraphen: — nicht identifiziert — M (...) 6/8 — J(agow) — Z(immermann) 6/8.

Das schwedische Blut ist in den hundert Jahren Frieden zu dickflüssig geworden. Hätten wir ein Bündnis, so läge die Sache anders. Im jetzigen Stadium bringt uns indessen, wie gesagt, die Neutralität Schwedens, sofern sie so wohlwollend bleibt wie augenblicklich, meines Erachtens mehr Vorteil als eine aktive Kooperation (?).

Ich werde auch hier nichts versäumen, um vorwärts zu treiben und den Topf zum Überkochen zu bringen.

Mit ausgezeichnete Hochachtung

Eurer Exzellenz
ergebener Reichenau

Von starkem Einflusse und großer Wirkung würde es meines Erachtens sein, wenn es sich ermöglichen ließe, die Führer oder wenigstens einflußreiche und bekannte Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bei uns dahin zu bringen, daß sie die hiesigen Sozialdemokraten brieflich oder in sonst geeignet scheinender Weise zur aktiven Teilnahme am Kampfe gegen den slawischen Despotismus und Barbarismus zu beeinflussen suchten. Natürlich dürften die hiesigen Sozialdemokraten von einer amtlichen deutschen Anregung nichts ahnen.

Als Mittelspersonen wären vielleicht Bürgermeister Reicke und Stadtverordnetenvorsteher Cassel geeignet, da sie durch die sozialdemokratischen Magistrats- und Stadtverordneten-Mitglieder Fühlung mit den Sozialdemokraten haben und da sie, aus persönlicher Kenntnis der hiesigen Verhältnisse — wenigstens oberflächlicher — den deutschen Sozialdemokraten die Sache mundgerecht machen könnten.

Das Gewinnen der hiesigen Sozialdemokraten zu aktiver Teilnahme würde sehr schwer in die Waagschale fallen. Die Angelegenheit aber muß natürlich sehr vorsichtig betrieben werden. Erbitte Mitteilung, ob auf meine Anregung eingegangen wird.

Reichenau

Nr. 9

Wk 11c secr AA

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes an das Auswärtige Amt

Telegramm

pr. 25. Dez. 1914 A 36155

Gr. Hauptquartier, den 25. Dezember 1914
2 Uhr 5 Min. Nm. Ankunft 5 Uhr 18 Nm.

Konzessionen für Finnland werden von Rußland sehr schwer zu erhalten, ihre Durchführung noch schwerer durchzusetzen sein. Sollte sich etwa jetzt Möglichkeit für Separatfrieden mit Rußland ergeben, können wir Programm unserer Forderungen nicht übermäßig belasten. Zusicherung könnte daher nur in sehr allgemeiner Form „Berücksichtigung (aber nicht Durchsetzung) finnischer Interessen und Wünsche“, gegeben werden, wobei jedoch Eingreifen Finnlands in einer für Ausgang des Krieges wirksamen Weise vorausgesetzt werden muß, Jagow

Nr. 10

Wk 11c secr. AA

Aufzeichnung des Vertreters des Auswärtigen Amtes über eine Sitzung im Stellv. Generalstab v. 25. Mai 1915

G(heime) A(nzeige)

pr. 25. Mai 1915

In der heute im Generalstab abgehaltenen Sitzung verlas Oberst von Zimmermann ein Telegramm des Generalstabschefs des Feldheeres, wonach Exzellenz von Falkenhayn auf eine weitere Verfolgung der finnischen Angelegenheit verzichten will.

Oberst von Zimmermann bemerkte dazu, daß es ihm persönlich ratsam erscheine, die in Lockstedt bereits in der Ausbildung befindlichen Finnen dort zu belassen, und sogar die von Herrn Staatsanwalt Wetterhoff angekündigten neuen finnischen Rekruten in die Legion aufzunehmen. Da man sich mit der finnischen Bewegung bereits so weit eingelassen habe, sei es empfehlenswert, die Angelegenheit weiter zu betreiben, um im gegebenen Moment etwa beim Ausbruch einer allgemeinen großen Revolution in Rußland, mit dem finnischen Element in Fühlung zu bleiben.

Auch der Vertreter des Admiralstabes erklärte, daß er es für unvorteilhaft halte, die finnische Bewegung jetzt ganz einschlafen zu lassen.

Dem gegenüber betonte der Vertreter des Kriegsministeriums, nach Ansicht Exzellenz von Wild sei es überflüssig, weitere Zeit und Geld auf die Ausbildung der fraglichen Finnen aufzuwenden, wenn diese nicht direkt für eine Operation in Finnland selbst verwendet werden können. Jedenfalls dürfe keine Vermehrung des finnischen Korps ins Auge gefaßt werden. Wenn Herr Wetterhoff junge Finnen zur Reise nach Deutschland ermutigt habe, so habe er dies ohne die Zustimmung des Kriegsministeriums getan. Vom militärischen Standpunkt aus sei es auch wünschenswert, das für die Finnen erforderliche Ausbildungspersonal für unser Heer frei zu bekommen.

Der mit der Ausbildung der Finnen beauftragte Major Baier setzte daraufhin auseinander, daß er von dem ihm zur Verfügung gestellten Ausbildungspersonal (4 garnisondienstfähige Hauptleute und 12 ebensolche Unteroffiziere) die Unteroffiziere wieder abgeben könne, da unter den 170 Finnen sich eine genügende Anzahl Leute befänden, die etwa 1000 weitere finnische Freiwillige ausbilden könnten.

Für den Fall, daß es zu einer Auflösung der finnischen Freischar kommen sollte, schlägt Oberst von Zimmermann vor, diese folgendermaßen zu verwenden:

1. ein Teil der Leute würde nach Rußland zurückkehren;
2. ein Teil würde in Deutschland einen Zivilberuf zu ergreifen suchen;
3. ein Teil würde in Deutschland einen Zivilberuf zu ergreifen suchen;
4. der Rest würde als Kriegsfreiwillige in das deutsche Heer eintreten.

Von dieser letzteren Gruppe könnten einige gut russisch sprechende Leute eventuell im Kaukasus Verwendung finden.

Mit der Einstellung der Finnen als Kriegsfreiwillige in unser Heer erklärt sich der Vertreter des Kriegsministeriums grundsätzlich einverstanden.

Unter Hinweis darauf, daß es schon mit Rücksicht auf die von uns in Rußland sonst noch eingeleiteten revolutionären Bewegungen (Ukraine und Kaukasus) nicht ratsam sei, die Finnen durch eine Auflösung ihrer Legion zu entmutigen und dadurch auch bei den Vertretern der sonstigen separatistischen Bestrebungen in Rußland Mißtrauen zu erwecken, bat ich die Herren die Frage der Beibehaltung und sogar Verstärkung der finnischen Legion in Lockstedt noch einmal prüfen zu wollen. Oberst von Zimmermann und der Vertreter des Kriegsministeriums sagten dies zu und baten, den Standpunkt des Auswärtigen Amtes in einem kurzen Schreiben darzulegen, damit sie dadurch eine Unterlage zur weiteren Erörterung der Angelegenheit bei Exzellenz von Moltke und Exzellenz von Wild in der Hand hätten.

W(esendonk) 25/5

Dazu Schlußbemerkung des Unterstaatssekretär Zimmermann vom 25. Mai;

Ich habe H. v. Treutler anheimgestellt für unsern Standpunkt direkt bei Gen. Falkenhayn einzutreten.

Nr. 11

H. H und St A

Der österreich-ungarische Botschafter in Berlin an das Außenministerium

Telegramm

Berlin, 11. August 1914
aufg. 9 U. 26 M. p.m.

Nr 1191
eingetr. 12/8
Ch. No 412

Bezugnahme auf telephonisches Gespräch Grafen Hoyos mit Haymerle von gestern.

Unterstaatssekretär, dem ich mitgeteilt, daß wir nicht wünschen, daß den russischen Polen gegenüber von einer Unabhängigkeit ihres Vaterlandes nach einem für uns erfolgreichen Krieg gesprochen werde, da wir, soweit die Lage sich derzeit überblicken läßt, nicht die Gründung eines unabhängigen Polen, als mit unseren Interessen (rücksichtlich Galizien) vereinbar hielten, versicherte mir auf das Bündigste, daß kein Aufruf der deutschen Regierungsstellen zur Schürung der Revolution in Russisch-Polen erlassen würde, der nicht vorerst Euer Exzellenz zur Begutachtung zugestellt würde.

Übrigens sei man deutscherseits noch nicht an die Ausarbeitung eines solchen Aufrufes herangetreten; einziger derartiger Aufruf sei der vom Generalstab für die Zeppelinfahrten verfaßt. Syögyény

Nr. 12

Wk 14 a AA

Der Staatssekretär an das Auswärtige Amt

Telegramm

A 17577

Nr 3

Koblenz, den 18. August 1914

Bitte nach Wien telegraphieren¹⁾:

Vor meiner Abreise von Berlin . . . hat Graf Szögyény mir zwei Vorschläge seiner Regierung betreffend die Zukunft Polens vorgelesen und dazu unsere Zustimmung erbeten. Die Vorschläge liefen auf provisorische gemeinsame Verwaltung nach der Okkupation und späteren Anschluß Polens an Österreich hinaus. Heute trifft weitere Instruktion aus Wien ein, in der der Graf Berchtold zu der von mir erteilten Zustimmung zu den ersten Vorschlägen wärmsten Dank und weitere Vorschläge macht. Hier muß Mißverständnis vorliegen. Ich hatte dem Grafen S. erwidert, daß ich über die Vorschläge ohne höhere Entscheidung mich nicht auslassen könnte, mir scheinbar überhaupt der Zeitpunkt für Bestimmungen über das künftige Schicksal Polens noch verfrüht. Graf von S. teilte diese Ansicht und bat zum Schluß nochmals um baldigste Antwort. Diese ist nicht erteilt worden.

Ich kann mir kaum denken, daß Graf von S. das volle Gegenteil hiervon nach Wien berichtet haben sollte und kann mich des Verdachts nicht ganz erwehren, daß man in Wien das Mißverständnis fingiert hat, um uns weitere Vorschläge im österreichischen Sinne zu machen. Die österreichischen Vorschläge und der Anschluß Gesamt-Polens mit dem Weichselgebiet an Österreich sind für uns selbstverständlich unannehmbar, wir wünschten die Frage aber dilatorisch zu behandeln, — um jetzt Divergenzen mit Österreich zu vermeiden. Bitte einstweilen dort Angelegenheit dahin aufklären, daß Mißverständnis vorliegen müsse, keineswegs vorgeschlagenen österreichischen Plan glatt annehmen könnten, sondern die Frage hier zunächst gründlich prüfen lassen müßten. Wann kommen angekündigte polnische Delegierte nach Berlin? Jagow

¹⁾ Als Telegramm Nr. 348 am 18. 8. 1914 nach Wien abgegangen.

Wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt

Präsident Kennedy über seine Europareise

Präsident Kennedy hat dem amerikanischen Volk am 7. Juni 1961 über seine Wiener Zusammenkunft mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow sowie über seine Gespräche mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle und dem britischen Premierminister MacMillan berichtet. Die Rede des Präsidenten hat folgenden Wortlaut:

Ich bin heute vormittag von einer einwöchigen Europareise zurückgekehrt, über die ich Ihnen hier einen umfassenden Bericht geben möchte. Diese Reise war in jeder Hinsicht ein unvergeßliches Erlebnis. Die Bevölkerung von Paris, Wien und London bereitete uns einen überaus herzlichen Empfang. Sie gewährte uns ihre warmherzige Gastfreundschaft, und ihre Freundlichkeit gegenüber meiner Frau wurde von uns mit besonderer Dankbarkeit empfunden.

Wir wissen natürlich, daß das dichte Gedränge und der Jubel der Menschenmassen in hohem Maße dem Lande galten, das wir vertraten und das als das Hauptbollwerk der Freiheit angesehen wird. Ebenso denkwürdig war der von der europäischen Geschichte und Kultur geprägte Hintergrund, vor dem sich die zeremoniellen Empfänge abspielten: Die Niederlegung eines

Kranzes vor dem Arc de Triomphe, die Bankette in Versailles, im Schloß Schönbrunn und bei der Königin von England. Dies sind farbenfrohe Erinnerungen, die uns noch viele Jahre begleiten werden. Die drei von uns besuchten Städte — Paris, Wien und London — bestehen schon viele Jahrhunderte lang, und jede für sich erinnert uns daran, daß die westliche Kultur, für deren Erhaltung wir uns einsetzen, seit altersher blüht und sich über Jahrhunderte hinweg selbst verteidigt hat. Meine Reise war aber keine rein formelle Angelegenheit. Zwei Zielsetzungen der amerikanischen Außenpolitik waren es vor allem, die den Anlaß für sie bildeten: Die Einheit der freien Welt, deren Stärke die Sicherheit von uns allen gewährleistet, und die schließliche Erreichung eines dauerhaften Friedens. Der Förderung dieser beiden Zielsetzungen galt meine Reise.

digung Europas zu bemühen, den Entwicklungsländern der Welt einschließlich Lateinamerikas im Interesse ihrer politischen Unabhängigkeit Hilfe zu gewähren, den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas voranzutreiben, die Laos-Konferenz zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen sowie für engere Konsultation und Solidarität innerhalb der westlichen Bündnisgemeinschaft zu sorgen.

Präsident de Gaulle hätte nicht herzlicher sein können, und ich könnte zu niemand mehr Vertrauen haben. Neben seiner besonderen Charakterstärke zeigte das französische Volk als Ganzes eine sehr eindrucksvolle und erfreuliche Vitalität und Energie. Sein Aufstieg aus der Nachkriegszeit ist dramatisch, seine Produktion wächst und seine Bedeutung sowie sein Ansehen in Europa und Afrika steigert sich ständig, so daß ich Paris mit vermehrtem Vertrauen in die Einheit und Stärke des Westens in Richtung Wien verließ.

Vertrauen in die Einheit und Stärke des Westens

Unsere Reise, zur Stärkung der Einigkeit des Westens unternommen, begann in Paris und endete in London. Meine Unterredungen mit General de Gaulle waren für mich überaus ermutigend. Gewisse Unterschiede in unserer Einstellung zu diesem oder jenem Problem erwiesen sich als unwesentlich angesichts unserer gemeinsamen Verpflichtung zur Verteidigung der Freiheit. Ich glaube, daß unser Bündnis eine Festigung erfuhr, ich hoffe, daß die Freundschaft unserer Nationen noch inniger wurde, und das Verhältnis zwischen uns beiden, die wir Verantwortung tragen, wurde noch enger und stand, wie ich meine, im Zeichen wechselseitigen Vertrauens. Es zeigte sich, daß General de Gaulle weit mehr an einer offenen Darlegung unseres Standpunkts interessiert war — gleichviel, ob er dem seimigen entsprach oder nicht, — als daran, den Anschein einer Übereinstimmung zu erwecken, wenn diese nicht vorhanden ist. Aber die wirkliche Bedeutung unserer Allianz ist ihm voll und ganz bewußt. Schließlich ist er der letzte führende Politiker aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, der eine verantwortungsvolle Position bekleidet. Sein Leben ist ein Beispiel ungewöhnlicher Hingabe, und er selbst ist eine außerordentliche Persönlichkeit, ein Symbol der neuen Kraft und der historischen Größe Frankreichs. Während unserer Gespräche sah er stets die Geschehnisse Frankreichs und der ganzen Welt in großer Perspektive. Ich fand in ihm einen weisen Ratgeber für die Zukunft und einen lehrreichen Interpreten der Geschichte, die er selbst zu gestalten half. Infolgedessen hatten wir eine wertvolle Begegnung.

Wie ich glaube, wurden gewisse Zweifel und Vorbehalte, die im Laufe der Zeit entstanden sein mochten, auf beiden Seiten eliminiert. Probleme, die sich nicht als Grundsatz-, sondern als Terminologie- oder Verfahrensfragen erwiesen, wurden aus dem Wege geräumt. Keine noch so heikle Frage wurde umgangen! Kein Interessengebiet wurde außer acht gelassen, und die Schlußfolgerungen, zu denen wir gelangten, werden für die Zukunft bedeutsam sein — auf Grund unserer Übereinstimmung, Berlin zu verteidigen, uns um die Verbesserung der Vertei-

Die Wiener wissen, was es heißt, unter einer Besatzung, und was es heißt, in Freiheit zu leben. Die Begrüßung, die sie mir als Präsident unseres Landes zuteil werden ließen, sollte für uns alle beglückend sein. Ich ging nach Wien, um Herrn Chruschtschow, den Führer der Sowjetunion, zu treffen. Wir führten zwei Tage lang Besprechungen in einer sachlich-nüchternen, intensiven Form, und ich glaube, daß ich es dem amerikanischen Volk, dem Kongreß und unseren Verbündeten schuldig bin, über diese Besprechungen freimütig und öffentlich Bericht zu erstatten.

Informeller Gedankenaustausch

Herr Chruschtschow und ich hatten einen sehr umfassenden und offenen Meinungs-austausch über die wichtigen Probleme, die unsere beiden Länder gegenwärtig trennen. Ich möchte Ihnen hier mitteilen, daß es zwei sehr sachliche und nüchterne Tage waren. Es gab keine Unhöflichkeiten, keine Temperamentsausbrüche oder Drohungen und Ultimaten — weder auf der einen noch auf der anderen Seite. — Auch wurde kein Vorteil oder Zugeständnis errungen oder gewährt; wichtige Entscheidungen waren weder geplant noch wurden sie getroffen, und es wurde auch kein ins Auge fallender Fortschritt erzielt oder vorgetäuscht.

Diese Art eines informellen Gedankenaustausches ist vielleicht nicht so erregend wie eine große Gipfelkonferenz mit einer festen Tagesordnung und einem ganzen Stab von Beratern, auf der man zu verhandeln sucht und

neue Abkommen anstrebt. Dies sollte jedoch nicht die Absicht unseres Treffens sein und war es auch nicht, und wir machten auch keine Pläne für künftige Gipfelkonferenzen in Wien.

Aber ich fand dieses Treffen mit Ministerpräsident Chruschtschow, so ernst es auch war, äußerst nützlich. Ich hatte seine Reden und die Veröffentlichungen über seine Politik gelesen. Ich war über seine Ansichten unterrichtet worden. Mir war von anderen westlichen Staatsmännern wie General de Gaulle, Bundeskanzler Adenauer und Premierminister MacMillan gesagt worden, was für ein Mann er ist.

Aber ich trage die Verantwortung eines Präsidenten der Vereinigten Staaten, und es ist meine Pflicht, Entscheidungen zu fällen, die kein Berater und kein Verbündeter für mich treffen kann. Es ist meine Aufgabe und meine Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß diese Ent-

scheidungen sich auf möglichst viele Informationen, auf möglichst viel direkt und aus erster Hand gewonnenes Wissen stützen.

Ich erachtete es daher als äußerst wichtig, daß ich Herrn Chruschtschow persönlich kennen lernte, daß ich einen möglichst großen Einblick in und ein möglichst großes Verständnis für

seine gegenwärtige und seine künftige Politik gewinnen würde. Gleichzeitig wollte ich sicher stellen, daß Herr Chruschtschow die USA und ihre Politik versteht, daß er unsere Stärke und unsere Entschlossenheit kennt und daß er weiß, daß wir Frieden wollen mit allen Nationen jeder Art.

Völlig verschiedene Auffassungen von Recht und Unrecht

Ich wollte ihm unsere Ansichten direkt, präzise und realistisch vortragen mit einer Möglichkeit zu Erörterungen und Klarstellungen. Dies ist geschehen. Von keiner Seite wurden in diesen persönlichen Gesprächen neue Ziele dargelegt, die nicht schon zuvor in der Öffentlichkeit verkündet worden waren. Die Kluft zwischen uns wurde in einer so kurzen Zeit nicht wesentlich verringert, aber zumindest wurden die Wege für eine Kontaktaufnahme weiter geöffnet, zumindest sollte jetzt die Möglichkeit gefährlicher Fehlkalkulationen auf jeder Seite geringer sein, und wenigstens haben nunmehr die Männer, von deren Entscheidungen der Friede zu einem Teil abhängt, vereinbart, in Kontakt zu bleiben.

Dies ist wichtig, denn keiner von uns hat versucht, dem anderen einfach zu gefallen, ihm einfach beizupflichten, um liebenswürdig zu sein, das zu sagen, was der andere zu hören wünschte; und genauso, wie sich unsere Justiz auf vom Gericht vorgeladene Zeugen und auf Kreuzverhöre stützt, statt auf Aussagen Dritter oder schriftlich abgegebene eidesstattliche Erklärungen, so war auch dieses direkte Geben und Nehmen von unschätzbarem Wert für die Klarstellung und Präzisierung des von uns für entscheidend wichtig Angesehenen — denn Tatsache ist, daß die Sowjets und wir den gleichen Worten — Krieg, Friede, Demokratie und Volkswille — völlig verschiedene Bedeutungen geben.

Wir haben völlig verschiedene Auffassungen von Recht und Unrecht, davon, was eine interne Angelegenheit und was eine Aggression ist; und vor allem haben wir völlig verschiedene Auffassungen davon, wo die Welt jetzt steht und wohin sie geht.

Nur durch eine solche Besprechung war es mir möglich, sicherzugehen, daß Herr Chruschtschow weiß, wie unterschiedlich unsere Ansichten von der Gegenwart und Zukunft sind. Unsere Ansichten kontrastieren scharf, aber wir wußten am Ende wenigstens besser, wo wir jeweils standen. Wir waren beide nicht nach Wien gekommen, um eine Lösung zu diktieren oder den anderen zu einer Sache zu bekehren oder etwas von unseren grundsätzlichen Interessen aufzugeben. Wir beide waren, wie ich glaube, nach Wien gekommen, weil wir uns bewußt waren, daß von unseren beiden Nationen jede die Macht hat, der anderen ungeheuren Schaden zuzufügen, daß ein derartiger Krieg aber vermieden werden kann und, wenn irgend möglich, vermieden werden sollte, da durch ihn kein Streit geschlichtet und keine Doktrin bewiesen werden kann, und daß man daher Sorge dafür tragen sollte, unsere im Konflikt miteinander liegenden Interessen nicht so unmittelbar zusammentreffen zu lassen, daß ein Krieg die notwendige Folge sein muß. Wir glauben an ein

System staatlicher Freiheit und Unabhängigkeit. Er glaubt an eine expandierende und dynamische Idee des Weltkommunismus, und die Frage stellte sich, ob überhaupt die Hoffnung besteht, daß diese beiden Systeme in Frieden miteinander leben können, ohne daß dadurch etwas an Sicherheit eingebüßt oder die Freiheit unserer Freunde irgendwie geschmälert wird. So schwierig es auch sein mag, diese Frage ange-

Chruschtschow: Niemand ist wirklich neutral!

Beide Seiten haben die Bedeutung eines wirkungsvollen Waffenstillstandes als vom entscheidender Wichtigkeit für die gegenwärtige Laos-Konferenz in Genf anerkannt. Es ist dringend erforderlich, daß sich dies in einer neuen Einstellung in Genf niederschlägt, damit die internationale Kontrollkommission in die Lage versetzt wird, ihre Aufgabe zu erfüllen, — nämlich sicherzustellen, daß ein Waffenstillstand durchgesetzt und eingehalten wird. Ich hoffe, daß in den kommenden Tagen in Genf Fortschritte in dieser Richtung gemacht werden können. Denn dies würde wesentlich zu einer Verbesserung der internationalen Atmosphäre führen. Keine solche Hoffnung ergab sich jedoch in bezug auf die andere, ebenfalls auf einem toten Punkt angelangte Genfer Konferenz, die ein Abkommen über ein Verbot der Atomwaffenversuche zu erreichen

siehts so mancher uns bevorstehender harter Proben positiv zu beantworten, so glaube ich doch, daß wir es der gesamten Menschheit schuldig sind, jeden nur erdenklichen Versuch zu unternehmen. Dies ist der Grund, warum ich die Wiener Gespräche für nützlich ansah. Der besondere Ernst, der über ihnen lag, ist weder ein Grund für eine gehobene Stimmung oder für eine Entspannung, noch Anlaß zu einem unangebrachten Pessimismus oder zur Furcht. Er zeigt nur, wieviel wir in der freien Welt noch zu tun haben und ein wie langer und harter Kampf uns Amerikanern in dieser Generation als den Hauptverteidigern der Sache der Freiheit auferlegt ist. Das eine Gebiet, das eine gewisse unmittelbare Aussicht auf eine Übereinkunft bot, war Laos. Beide Seiten traten für die Konzeption eines neutralen und unabhängigen Laos — ganz in der Art von Burma und Kambodscha — ein.

Herr Chruschtschow hat klargestellt, daß es keinen neutralen Administrator geben könne, weil seiner Ansicht nach niemand wirklich neutral sei; daß es ein sowjetisches Veto für alle Beschlüsse geben müsse; daß Inspektion lediglich ein Vorwand für Spionage sei, solange es noch keine völlige Abrüstung gibt, und daß die gegenwärtigen Verhandlungen über ein Atomwaffenversuchsverbot nutzlos erschienen. Kurz gesagt, unsere Hoffnungen, daß die Atomwaffenversuche aufhören werden, daß keine weiteren Länder mehr Atomwaffen erhalten werden und daß der Rüstungswettlauf sich irgendwie verlangsamen wird, haben einen schweren Schlag erhalten. Es stehen hier für uns jedoch zu wichtige Dinge auf dem Spiel, als daß wir den von uns in Genf unterbreiteten Vertragsentwurf aufgeben könnten.

Rechte in Berlin werden auf jede Gefahr hin gewahrt

Aber unsere ernstesten Gespräche betrafen das Thema Deutschland und Berlin. Ich habe Herrn Chruschtschow klargemacht, daß die Sicherheit Westeuropas und damit unsere eigene Sicherheit tief mit unserer Anwesenheit in und unseren Zugangsrechten nach West-Berlin verflochten sind, daß diese Rechte auf gesetztem Recht und nicht auf einer stillschweigenden Duldung beruhen, und daß wir entschlossen sind, diese Rechte auf jede Gefahr hin zu wahren und damit unseren Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung West-Berlins nachzukommen und ihr Rechte, die eigene Zukunft zu bestimmen, zu gewährleisten.

Herr Chruschtschow legte seine Ansichten im einzelnen dar, und diese seine Darlegung wird noch Gegenstand weiterer Kontakte sein. Aber wir trachten nicht danach, die gegenwärtige Situation zu ändern. Ein bindender Friedensvertrag mit Deutschland ist eine Angelegenheit, die alle angeht, die mit Deutschland im Krieg standen, und wir und unsere Verbündeten kön-

nen unsere Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung West-Berlins nicht aufgeben.

Im allgemeinen führte Herr Chruschtschow keine kriegerische Sprache. Er glaubt, daß die Welt seinen Weg einschlagen wird, ohne daß man zur Gewalt Zuflucht nehmen muß. Er sprach von den Erfolgen seines Landes im Weltraum. Er betonte seine Absicht, uns auf dem Gebiet der industriellen Produktion und des Handels zu überholen und der Welt die Überlegenheit seines Systems gegenüber dem unsrigen zu beweisen. Vor allem aber sagte er den Triumph des Kommunismus in den neuen und weniger entwickelten Ländern voraus.

Er war sicher, daß dort die Zeit für ihn arbeitet, daß die Revolution der aufstrebenden Völker letztlich eine kommunistische Revolution sein wird und daß die vom Kreml unterstützten sogenannten Befreiungskriege die alten Methoden einer direkten Aggression und Invasion ersetzen würden.

In den vierziger und Anfang der fünfziger Jahre bestand die große Gefahr darin, daß kom-

unistische Armeen über die freien Grenzen marschieren würden, was wir in Korea erlebten. Unser Atommonopol trug dazu bei, zu verhindern, daß dies noch in anderen Gebieten geschah. Jetzt sehen wir uns einer neuen und andersgelagerten Gefahr gegenüber. Wir besitzen nicht länger mehr ein Atommonopol. Ihre Raketen, so glauben sie, werden unsere Raketen abhalten, und ihre Truppen könnten es mit unseren Truppen aufnehmen, sofern wir in diesen sogenannten Befreiungskriegen intervenieren sollten. Somit könnten die von ihnen unterstützten lokalen Konflikte — durch Guerilla-Kämpfer, Insurgenten oder Subversion — zu ihren Gunsten ausgehen.

Eine kleine Gruppe disziplinierter Kommunisten könnte die Unzufriedenheit und das Elend in einem Lande, in dem das durchschnittliche Einkommen vielleicht 60 oder 70 Dollar pro Jahr beträgt, ausnützen und so die Kontrolle über ein ganzes Land an sich reißen, ohne daß kommunistische Truppen jemals eine internationale Grenze überschreiten. Dies ist die kommunistische Theorie.

Aber ich glaube genau so fest, daß die Zeit diese Theorie als falsch erweisen wird, daß Freiheit und Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, nicht der Kommunismus, die Zukunft der Menschheit sind und daß die freien Menschen den Willen und die Hilfsquellen besitzen, um den Kampf um die Freiheit zu gewinnen. Aber es ist klar, daß dieser Kampf in diesem Bereich der neuen und armen Länder für dieses Jahrzehnt eine ständige Krise bringen wird.

Herr Chruschtschow brachte einen Punkt vor, den ich hier mitteilen möchte. Er erklärte, daß

Auslandshilfe — eine entscheidende Verpflichtung

Doch all dies heißt nicht, daß unser Volk, der Westen und die freie Welt dabei untätig zusehen können. Im Gegenteil, wir haben hier eine einmalige Chance, diesen Ländern beim Aufbau ihrer Gesellschaftsformen solange beizustehen, bis diese so stark und fest in sich verankert sind, daß nur eine Invasion von außen sie stürzen könnte, und diese Gefahr kann — wie wir wissen — gestoppt werden.

Wir können ihre Streitkräfte so ausbilden und ausrüsten, daß sie kommunistisch gelenkte Aufstände selbst abzuwehren imstande sind. Wir können ihnen bei der Entwicklung ihrer Industrien und beim Aufbau ihrer Landwirtschaft helfen, die die Grundlage eines neuen Lebensstandards bilden. Und wir können sie ansprechen, ihre Verwaltungen, ihr Erziehungswesen, ihr Steuersystem und die Landverteilung zu reformieren, um dem Volk ein besseres Leben zu ermöglichen.

Wir besitzen die Fähigkeit und die Reserven, dies zu tun, sofern wir nur gewillt sind, sie anzuwenden und sie mit anderen zu teilen. Ich weiß, daß man in den Vereinigten Staaten

überall in der Welt viele Dinge in Unordnung geraten seien und daß man nicht immer ihn dafür verantwortlich machen könne. Damit hat er völlig recht. Es ist einfach, jeden Aufstand gegen eine Regierung und jeden amerika-feindlichen Tumult, jeden Sturz eines korrupten Regimes und jeden Massenprotest gegen Not und Verzweiflung als von Kommunisten inspiriert abzutun. Sie sind keineswegs sämtlich von den Kommunisten inspiriert. Die Kommunisten mischen sich jedoch ein, um für sich Kapital aus ihnen zu schlagen, die Anführer in ihrem Sinne zu beeinflussen und auf der Woge der Ereignisse zum Sieg zu gelangen. Die Bedingungen aber, die solche Ereignisse auslösten, haben die Kommunisten nicht geschaffen.

Kurz, die Freiheitshoffnung ruht in diesen Gebieten, die so viel Armut und Analphabetentum, so viele kranke Kinder, eine so hohe Säuglingssterblichkeit, so viele Familien ohne Unterkunft und so viele Familien ohne Hoffnung aufweisen, auf der einheimischen Bevölkerung und ihren Regierungen.

Wenn sie den Willen aufbringen, ihre eigene Zukunft zu gestalten, wenn ihre Regierungen die Unterstützung ihres eigenen Volkes erlangen, wenn ihre ehrlichen und fortschrittlichen Hilfsmaßnahmen für die Bevölkerung Vertrauen und Tatkraft einzuflößen vermögen, dann kann keine Guerilla-Aktion und kein Aufruhr erfolgreich verlaufen. Wo diese Vorbedingungen aber nicht gegeben sind, bietet auch eine militärische Garantie gegen einen Angriff von außen über die Landesgrenzen hinweg nur einen geringen Schutz gegen den Zerfall im Inneren.

vielfach der Ansicht ist, daß wir nun lange genug die Last der Wirtschaftshilfe getragen haben, aber die gegenwärtig von uns unterstützten Länder, die vom nördlichen Rand Europas über den Mittleren Osten bis hinunter nach Saigon reichen, sind in vielen Fällen jetzt das Ziel großer, auf die Machtergreifung von innen her gerichteter Bemühungen.

Wenn wir sie nicht dabei unterstützen, ihren Völkern bessere Lebensbedingungen zu ermöglichen, dann glaube ich, steht die Freiheit in diesen Gebieten auf recht unsicherem Boden. Wir müssen ihnen helfen, wenn wir entschlossen sind, unseren Worten, dem Vordringen des Kommunismus in ihren Ländern Einhalt zu gebieten, die Tat folgen zu lassen. Die Bürde ist schwer, und wir haben sie viele Jahre getragen. Aber ich glaube, daß der Kampf noch nicht vorüber ist. Diese Schlacht geht weiter, und wir müssen unseren Teil dazu beitragen. und darum hoffe ich, daß wir diesen Völkern helfen werden, frei zu bleiben.

Es traf sich gut, daß der Kongreß seine Ausschussberatungen über unsere neuen militärischen und wirtschaftlichen Auslandshilfeprogramme in Washington gerade zu dem Zeitpunkt aufnahm, als Herr Chruschtschows Erklärungen in Wien besser als irgend etwas anderes die Notwendigkeit gerade für diese Programme deutlich veranschaulichten. Sie sollten gut organisiert und zweckmäßig verwaltet werden; aber ich meine, wir müssen sie durchführen, und ich hoffe deshalb, daß Sie, das amerikanische Volk, diese Programme erneut unterstützen werden, da diese Hilfe meiner Ansicht nach für die Sicherheit dieser Gebiete entscheidend ist.

Es hat keinen Sinn, lediglich gegen das Vordringen des Kommunismus Worte zu machen, wenn wir andererseits nicht gewillt sind, unsere Verantwortungen, so drückend sie sein mögen, voll und ganz zu tragen.

Ich trete indessen nicht allein aus anti-kommunistischen Gründen für diese Hilfe ein; wir sehen in ihr eine Chance und eine Verpflichtung, diesen Völkern zu helfen, ihre Freiheit zu bewahren. Und wir sind dabei nicht allein.

Ich stellte zum Beispiel fest, daß das französische Volk in Afrika für die Unterstützung der unabhängigen Nationen weitaus mehr tat als unsere Nation. Aber ich weiß auch, daß die Auslandshilfe als eine schwere Bürde empfunden wird, und ich kann nur sagen, daß wir gegenwärtig keine entscheidendere Verpflichtung haben.

Mein Aufenthalt in England war kurz, aber der Besuch bot mir die Möglichkeit, wieder mit Premierminister MacMillan privat zu konferieren, wie es gestern auch andere Mitglieder unserer Wiener Delegation mit Präsident de Gaulle und Bundeskanzler Adenauer taten. Wir stimmten alle darin überein, daß im Westen Arbeit geleistet werden muß, und aus unseren Gesprächen ergaben sich Vereinbarungen, wie wir in dieser Arbeit fortfahren können. Unser Aufenthalt in London, der in der Zusammenkunft mit Königin Elisabeth und Prinz Phillip seine Höhepunkt hatte, war eine eindrucksvolle Mahnung am Ende einer langen Reise, daß der Westen in seiner Entschlossenheit, an seinen Grundsätzen festzuhalten, einig bleibt.

Ich möchte schließen, indem ich einfach sage, daß ich froh bin, wieder zu Hause zu sein. Wir haben zwar auf dieser Reise herrliche Plätze bewundert und viel Schönes gesehen, aber wir sind froh, wieder zu Hause zu sein. Keine Bekundung der Unterstützung unserer Politik durch das Ausland bedeutet jedoch so viel wie die Unterstützung, die Sie, das amerikanische Volk, unserem Land so reichlich gegeben haben. Dieser Unterstützung sicher, sehe ich der Zukunft furchtlos entgegen. Wir müssen geduldig sein. Wir müssen mutig sein. Wir müssen sowohl Risiken als auch Bürden auf uns nehmen, aber mit Willen und Arbeit wird die Freiheit erhalten bleiben.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.